

akl

ANTIKAPITALISTISCHE LINKE

aufmüßig konsequent links



Solidarität
DIE LINKE.

Maximaler Abstand zum Kapitalismus

KANN DIE LINKE KRISE?

von Tim Fürup und Thies Gleiss
S. 10 - 12

**IM FALSCHEN SYSTEM
RELEVANT**

Interview mit Nadja Rakowitz
S. 20-21

**RASSISMUS DEN BODEN
ENTZIEHEN!**

von Sascha Staničić
S. 28-30

Editorial

von Tim Fürup
.....S. 2

Zwischen Sozial-demokratisierung und Klassenpolitik
von Thies Gleiss
.....S. 3

Auf der Ersatzbank von SPD und Grünen
von Lucy Redler
.....S. 7

Kann DIE LINKE Krise?
von Thies Gleiss und Tim Fürup
.....S. 10

Mit Olaf Scholz in Richtung Rot-Grün-Rot?
von Sascha Staničić
.....S. 13

Krankenhäuser retten – Fallpauschalen abschaffen!
von Inge Höger
.....S. 16

Im falschen System relevant
Interview mit Nadja Rakowitz
.....S. 20

Frauen zurück an den Herd?
von Ingrid Jost
.....S. 22

Klassenpolitik in der Krise
von Jürgen Aust
.....S. 25

Rassismus den Boden entziehen!
von Sascha Staničić
.....S. 28

Kommunal antikapitalistisch
von Claus Ludwig
.....S. 32



von Tim Fürup

Liebe Antikapitalist*innen, dies ist bereits die fünfte Ausgabe der „Aufmüpfig“, das Bulletin der Antikapitalistischen Linken (AKL). Der Titel „Maximaler Abstand zum Kapitalismus“ lässt bereits auf einen Themenschwerpunkt schließen:

Das Corona-Virus SARS-CoV-2 legte monatelang das gesellschaftliche Leben lahm. In der BRD wurden Kontaktbeschränkungen erlassen und Grundrechte ausgehebelt. Ein milliardenschweres Rettungspaket verhinderte zwar den Lockdown der deutschen Ökonomie, allerdings ist die schwerste Krise des Kapitalismus seit 1929 deutlich spürbar. Dass der Gesundheitssektor seit Jahrzehnten der Profitmaximierung unterworfen wurde, hat die Situation in den Krankenhäusern während der Pandemie nicht leichter gemacht. In einem Interview berichtet Nadja Rakowitz darüber und schildert die Situation der Beschäftigten. Der Artikel „Menschen vor Profite – Gesundheit ist keine Ware“ von Inge Höger konkretisiert die Ökonomisierung des Gesundheitssystems. Der Beitrag von Jürgen Aust überprüft die Corona-Maßnahmen auf ihre sozialpolitischen Konsequenzen, während Ingrid Jost die Verschlechterungen der Gesamtsituation von Frauen durch Lockdown und Krise beschreibt.

Der zweite Schwerpunkt beschäftigt sich mit der Partei DIE LINKE vor, während und nach dem geplanten Bundestagparteitag am 30.10. – 01.11.2020 in Erfurt. Den Bundestagswahlkampf schon im Blick will die Partei, wenn es nach den reformorientierten Flügeln geht, die Regierung unter der CDU beenden und selbst Teil einer neuen Bundesregierung werden. Damit brechen alte Konfliktlinien bereits im Vorfeld des Parteitages

auf: Soll die Linkspartei kämpferische Systemopposition sein oder nähert sie sich inhaltlich an SPD und Grüne an, um regierungsfähig zu werden? Wir meinen, eine Regierungsbeteiligung mit bürgerlichen Parteien würde die Glaubwürdigkeit der LINKEN aufs Spiel setzen. Die Situation innerhalb der Partei wird von drei Texten beschrieben: einer von Thies Gleiss in Alleinverantwortung, ein weiterer gemeinsam von Thies und mir. Zur Strategie der Reformer*innen in der Partei äußert sich Lucy Redler.

Antikapitalistische Politik fordern wir nicht nur auf Bundes- oder Landesebene ein. DIE LINKE sollte in den Kommunen Widerständigkeit praktizieren, indem sie sich nicht auf die Sachzwänge einlässt, die ihnen Kämmerer*innen zuweisen, sondern stattdessen Bündnisse gegen die Zustände vor Ort eingehen. Claus Ludwig hat dazu einige Gedanken formuliert. Zwei Artikel von Sascha Staničić runden das Bild ab: Sein erster Text analysiert den Zustand der SPD unter dem Kanzlerkandidaten Olaf Scholz. Da die „Black Lives Matter“-Bewegung das Thema Rassismus und Polizeigewalt berechtigterweise nach vorne bringt, diskutiert Sascha im zweiten Text den Zusammenhang zwischen Rassismus und Kapitalismus.

Liebe Antikapitalist*innen, ich wünsche euch viel Spaß beim Lesen der Aufmüpfig, bleibt gesund und widerständig!

Euer Tim

LOB, KRITIK UND IDEEN FÜR DIE NÄCHSTE AUSGABE KÖNNT IHR GERNE AN UNS RICHTEN: INFO@ANTIKAPITALISTISCHE-LINKE.DE

ZWISCHEN SOZIAL- DEMOKRATISIERUNG UND KLASSENPOLITIK

Von Thies Gleiss

Die LINKE wird, wenn das Corona-Virus nicht doch noch mal für eine weitere Verschiebung sorgt, zu Allerheiligen in Erfurt ihren nächsten ordentlichen Parteitag durchführen. Wichtigste inhaltliche Frage ist dabei die Einstellung der Partei auf die Bundestagswahlen 2021 (siehe dazu den separaten Artikel von Tim Fürup und Thies Gleiss in dieser „aufmüpfig“), und wichtigstes organisatorisches Vorhaben ist die Neuwahl eines Parteivorstandes.

Seit acht Jahren sind Katja Kipping und Bernd Riexinger Vorsitzende und Vorsitzender der LINKEN. Sie sind auf dem legendären Göttinger Parteitag 2012 auf dem Hintergrund einer kriselnden und stark zerstrittenen Partei gewählt worden. Der gesellschaftspolitische Hintergrund der Jahre zuvor – 2007-2009 die tiefste Krise des Kapitalismus seit 1929 und ein kontinuierlicher Niedergang der Sozialdemokratie – hätte eigentlich eine strahlende LINKE als Alternative zum politischen Modell der SPD und als Antwort auf den krisenhaften Kapitalismus möglich gemacht, aber nach dem bis heute besten Wahlergebnis der LINKEN bei den Bundestagswahlen 2009, geriet die LINKE stattdessen in tiefe, fast spaltende Diskussionen über den weiteren Kurs. Auch damals war die Hauptfrage: Soll sich die LINKE als kompromisslose, antikapitalistische Partei aufbauen, die in erster Linie die gesellschaftliche Opposition zum Kapitalismus organisiert und soziale Widerstandsbewegungen stärkt, oder wird weiterer politischer Erfolg nur durch Anpassung an die sterbende SPD und die GRÜNEN (die nach dem Reaktorunfall von Fukushima 2011 gerade einen ersten Höhenflug erleben), oder gar durch Anpassung an nur eingebilddete Idealformen der Sozialdemokratie, und darauf aufbauende parla-

mentarische Bündnisangebote erreicht werden?

Mit der Wahl von Katja Kipping und vor allem des linken Gewerkschafters Bernd Riexinger setzten sich die Partei und das Konzept einer aktiven Mitgliederpartei und damit im weiteren Sinne die Parteilinke gegen die Fraktionen aus Bund und Ländern und die sich um sie gruppierenden parlamentarisch-reformerischen Kräfte durch. Der parlamentarisch-reformerische Flügel hatte zwar offen über eine Abspaltung diskutiert, aber es siegte die Einsicht, dass das erfolgreiche Projekt einer neuen linken Massenpartei in Deutschland nur als gemeinsames Projekt verschiedener, auch strategisch unterschiedlicher Flügel weiterhin gelingen kann.

Verbindende Klassenpolitik und Bewegungspartei

Die beiden neuen Vorsitzenden verfolgten danach einen durchaus erfolgreichen Kurs, die Parteiflügel zusammenzuhalten und gleichzeitig die Partei als eine auf gesellschaftliche Protestbewegungen ausgerichtete Aktivenpartei aufzubauen. Mit den Konzepten „Bewegungspartei“ und „Verbindende Klassenpolitik“ entstanden strategische Ausrichtungen, die selbstverständlich auch nicht widerspruchsfrei waren – wir von der Antikapitalistischen Linken haben sie regelmäßig konstruktiv kritisch begleitet – die aber zu einer realen und radikalen Politik befähigten. Es wurden Kampagnen zur Krise im Gesundheitswesen (lange vor der Corona-Krise), zu den explodierenden Mieten und zum sozialökologischen Umbau organisiert. Die LINKE tauchte als aktive und ohne Stellvertreter*innenpose auftretende Kraft auf in den sozialen Protestbewe-



*Thies Gleiss ist im Bundes-
sprecher*innenrat der AKL
und Mitglied im Parteivor-
stand der LINKEN.*

gungen gegen Überwachungsstaat und neue Polizeigesetze; gegen die internationalen Freihandelsverträge; gegen den weiteren Ausbau von Atomenergie und vor allem den Braunkohleabbau; als solidarische Kraft bei betrieblichen Streiks und in der Bewegung gegen Rassismus und zur Solidarität mit den Geflüchteten. Nach den Vorstellungen der AKL hätte die LINKE durchaus mehr selbstständig agieren, als nur reagieren sollen, aber im Grundsatz war die Entscheidung richtig, die Krise der Partei DIE LINKE durch einen neuen Aufbruch der Mitgliedschaft lösen zu wollen. Das gilt auch für heute.

Die Partei stabilisierte sich und es kam zu absoluten Mitgliederzuwachs vor allem durch Organisation junger Leute. Leider gelang es in der Regel nicht, diese neuen Mitglieder in lebendige Parteistrukturen vor Ort einzubinden. Es wurden keine Anstrengungen gemacht, die jungen Mitglieder und potenzielle weitere neue Mitglieder dort zu organisieren, wo sie leben, wo sie arbeiten, studieren und politisch aktiv sind. Auf Kreisebene setzte sich mehr und mehr das falsche Konzept durch, nur auf Wahlkämpfe zu setzen und nur kommunal-parlamentarische Arbeitsfelder anzubieten, womit leider keine jungen Mitglieder dauerhaft zu gewinnen sind, sondern nur eine kleine Auswahl, politisch und emotional fehlorientierter Nachwuchsparlamentarier*innen.

Die sozio-ökonomische Gesamtsituation führte zu der bekannten Sonderrolle Deutschlands bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise von 2008 innerhalb Europas und der EU. Die EU geriet in eine bis heute andauernde Existenzkrise. Die Migrations- und Flüchtlingsbewegungen wuchsen an und weltweit entstanden rechte, rassistische und nationalistische Parteien mit Massenzulauf, die sich angesichts der Defizite der offiziellen bürgerlichen Regierungspolitik als die harte und kompromisslose bürgerliche Alternative verkauften.

In Deutschland stieg die „Alternative für Deutschland“ (AfD) zu einer in allen Parlamentswahlen erfolgreichen rechts-nationalistischen Massenpartei auf, die massiv Druck auf die etablierten bürgerlichen Parteien ausübte. Die bekannten Koalitionen – nicht zuletzt die „Große Koalition“ in Berlin – verloren ihre exklusiven Mehrheiten. Schon die letzten Jahre konnten sich diese Mehrheiten nur auf dem Fundament einer wachsenden Legitimationskrise der

Regierungsparteien mit großer Nichtteilnahme bei den Parlamentswahlen durchsetzen. Jetzt wuchsen die Wahlbeteiligungsquoten wieder, aber die große Gewinnerin war die AfD. SPD und CDU verloren zudem an die GRÜNEN, die sich angesichts der thematisch zeitweise alles überragenden Klimakrise streckenweise auf den zweiten Platz der Parlamentsparteien festsetzten.

Die LINKE – was für ein Armutszeugnis für eine junge, sozialkritische und auf radikale Veränderung setzende Partei – musste die höheren Wahlbeteiligungen sogar fürchten. Ihre Wählerinnen und Wähler blieben zu Haus, die bisherigen Nichtwähler*innen landeten bei der AfD. Bei manchmal nur geringen Wahlverlusten in absoluten Stimmenzahlen sanken die Prozentpunkte für die LINKE.

Die ungelösten Fragen

Die LINKE blieb gegenüber dem Aufschwung der Rechten und Nationalisten und angesichts der immer bedeutender werdenden Flüchtlingsfrage, trotz mehrmaliger Mehrheitsbeschlüsse, sich anders aufzustellen, eine uneinheitliche und unattraktive Partei. Maßgebliche Spitzenkräfte der Partei, allen voran die Fraktionsspitze um Sahra Wagenknecht, widersetzten sich einem harten Kampf gegen die AfD, sondern wollten einen weichen Kurs, der die Anhänger*innen der AfD zur LINKEN locken, und der sich sogar in einzelnen Punkten inhaltlich der AfD annähern sollte.

Ebenso tragisch war die Rolle der LINKEN auf europäischer Ebene. Sie fand angesichts der tiefen EU-Krise keine gemeinsame Linie. Es wurde ein widersprüchlicher Wahlkampf zum EU-Parlament geführt, der zwischen abstrakter EU-Verliebtheit (nicht ganz so krass wie bei den GRÜNEN, aber auch etwas bizarr angesichts der Realitäten) und klarer Analyse der Todeskrise des kapitalistischen Staatenbundes namens EU hin- und herpendelte. Wer nichts zu sagen hat, der und die werden nicht gewählt. So einfach lässt sich das magere Ergebnis der LINKEN bei der EU-Wahl 2019 erklären.

Es zeigt sich, dass das bisher erfolgreiche Konzept des Aufbaus der LINKEN, ein Bündnis strategischer unterschiedlicher Ansätze zu sein, dass sich von Fall zu Fall einigen und Widersprüche aushalten muss, an den beiden

Punkten „Flüchtlinge und Migration“ und „Europäische Union“ nicht funktioniert hat. Die LINKE hätte sich in diesen beiden Fragen nicht nur klar und eindeutig als EU-Gegnerin und als erste Adresse einer ungeteilten –Solidarität mit den Geflüchteten positionieren, sondern auch eine entsprechende Praxis folgen lassen müssen. Wir von der AKL haben dies auch gefordert, aber es geschah leider nicht. Es hätte im Übrigen geschehen können, ohne dass die Partei sich gespalten hätte, aber es sollte nicht sein.

Neben diesen ungelösten inhaltlichen Fragen ragen die wenigen parlamentarischen Erfolge der LINKEN etwas unnutzbar hervor: Die zweimalige Wahl der LINKEN als Mehrheitspartei in Thüringen mit einem Ministerpräsidenten, der zwar viel tut, nicht als Linker zu erscheinen, aber immerhin Mitglied der Partei ist, sowie die neuen Regierungsbeteiligungen der LINKEN in Berlin und Bremen, haben zwar durchaus über die jeweiligen Länder hinausgehende Bedeutung, aber die LINKE konnte und kann sie offenkundig nicht nutzen.

Alein in Berlin nahm die LINKE in der Mietenfrage aufgrund einer breiten städtischen Mobilisierung eine etwas radikalere Position ein und erzwang den Mietendeckel. Bremen entwickelt sich zu einem ähnlichen Fiasko für die LINKE wie vorher in Brandenburg.

Auch das relativ gute Abschneiden bei Wahlen in Hessen, Hamburg, Bayern und Nordrhein-Westfalen, wo die parlamentarischen Präsenzen gehalten oder recht ordentliche Ergebnisse unterhalb der Fünfprozent-Grenze erreicht wurden, brachte kaum Impulse für den Aufbau einer Bewegungspartei.

Die LINKE als Wahlkampfpartei aufzustellen ist immer nicht ausreichend und sehr schwankend. Wenn dann Versagen bei den großen, wahlbestimmenden Themen hinzukommt, wird die LINKE im besten Fall stagnieren.

Der alte Streit kehrt zurück

So ist es kein Wunder, dass der alte Streit zwischen den Sozialdemokraten und denen, die etwas anderes und etwas mehr sein wollen innerhalb der LINKEN wieder an Fahrt aufnimmt. Kurioserweise begann es mit einer Aufspaltung dieses „sozialdemokratischen Lagers“ in der LINKEN.

Es gibt drei Ansätze, die LINKE als sozialdemokratische Kraft aufbauen zu



wollen: Auf der einen Seite stehen die „parlamentarischen Reformer*innen“, die sich Veränderung ausschließlich als parlamentarische Absprache und Regierungspolitik, notfalls als gespielte Regierungspolitik in der Opposition, vorstellen können. Es sind die Langzeitparlamentarier*innen, die teilweise noch aus PDS-Zeiten begründete parlamentarische Karrieren verfolgen. Ihnen sind große programmatische Ziele fremd oder unheimlich. Sie wollen ein Bündnis mit der SPD und notfalls auch noch mit den GRÜNEN zu jedem Preis. Dieses Bündnis wird – wie ihr Spitzenmann Dietmar Bartsch gerade so schön erklärte – auf diskursive Weise durch Absprachen der Spitzengremien der Fraktionen (notfalls noch der Parteien) erreicht, die Mitglieder werden vor vollendete Tatsachen gestellt und stimmen dann schon zu. Einzige Voraussetzung ist allerdings, dass die Anzahl der Parlamentsmandate oder zumindest die Umfragewerte für kommende Wahlen für solche Bündnisse zur Mehrheit reichen, was seit geraumer Zeit auf Bundesebene nicht mehr gegeben ist.

Zweitens gibt es die Vorstellung, dass ein Bündnis mit SPD und GRÜNEN nur an den etablierten Parteispitzen vorbei und von unten aufgebaut werden kann. Eine Bewegung der parlamentarischen Hinterbänkler*innen und der Unterstützer*innen dieser Parteien außerhalb der Parlamente müsse dafür sorgen, dass im Grunde die gleiche,

wenn auch etwas sozialere reformerische Politik durchgesetzt wird, die der zuerst beschriebene sozialdemokratische Club in der LINKEN durch Spitzensabstimmungen erreichen will. Eine solche Bewegung muss im Vorfeld von Wahlen entstehen und, wie es damals in der LINKEN bezeichnenderweise genannt wurde, die alten Parteiführungen verscheuchen und die Partei aufmischen. Mit dem Projekt „Aufstehen“ wurde allerdings nur eine Karikatur einer solchen Bewegung versucht.

Die dritte Gruppe sozialdemokratischer LINKER möchte eine politische Stimmung in der Gesellschaft auslösen, ähnlich der von 1998 vielleicht, die sich für neue reformerische, auch grundlegend reformerische Projekte engagiert und damit „neue linke Mehrheiten“ fühlbar und sichtbar macht. Sie orientiert sich an individualistischen Politikkonzepten, steht kollektiven oder Klassenkämpfen skeptisch gegenüber. Bewegung von unten und Regieren gehören in diesem Konzept zusammen, weil sie beide nur als individuelle Aktion Vieler, aber völlig im Rahmen der bestehenden gesellschaftlichen Strukturen angesehen werden. Sie orientieren sich an Konzepten, wie sie die GRÜNEN eine Zeit lang hatten und auch heute immer mal wieder herauskramen. Katja Kipping und ihr „Institut für solidarische Moderne“ sind die Vorsprecherinnen dieser Gruppe, erstere hatte sich als Parteivorsitzende aber geraume Zeit

zurückgehalten. Auch Bernd Riexinger lässt sich seit einiger Zeit auf diese Positionen ein.

Alle drei Gruppen des Sozialdemokratismus waren in der Zeit als die beiden Parteivorsitzenden und die sie unterstützenden Parteikräfte relativ ruhig und erfolgreich den Schwerpunkt auf die Partei und die Mitgliedschaft, auf soziale Bewegungen und Klassenpolitik setzten, in der Bundestagsfraktion eine mehr oder weniger gewollte Allianz eingegangen. Ihr gemeinsames Interesse lag vor allem in der Verteidigung der Machtpositionen der Parlamentsfraktionen gegenüber der Partei und in der Auseinandersetzung mit den linken Kräften in der LINKEN, die überhaupt kein sozialdemokratisches Politikmodell verfolgen. Es gab 2017 zur Bundestagswahl zwar Gerangel um das seltsame Amt „Spitzenkandidat“ und „Spitzenkandidatin“, aber es setzten sich schnell die Fraktionsvorsitzenden Bartsch und Wagenknecht durch und duldeten die Parteivorsitzenden nur noch neben sich. Dieses Vierer-Bündnis zerbrach nach der letzten Bundestagswahl.

Zuerst riefen Sahra Wagenknecht und ihre Unterstützer*innen dazu auf, eine „Massenbewegung“ namens „Aufstehen“ zu gründen, die den gewünschten Aufstand der Basis von SPD, GRÜNEN und LINKE gegen ihr Parteiestablishment ausführen sollte. Vom LINKE-Parteiestablishment zum

Aufstand gegen selbiges aufzurufen und eine Bewegung künstlich über Werbeagentur und Internethashtags aufzubauen – das konnte nicht funktionieren. Wir von der AKL haben dies vom ersten Tag an kritisiert und bis zum letzten traurigen Punkt recht behalten. In der Summe hat „Aufstehen“ nur der LINKEN geschadet, insbesondere dem größten Landesverband in Nordrhein-Westfalen. Den Initiator*innen ist Parteischädigung im nicht kleinen Ausmaß vorzuwerfen. Die traurige Rolle der LINKEN gegenüber dem Aufstieg des Rassismus und der AfD geht unter anderem auf die falsche, anbiedernde Rolle der „Aufstehen“-Leute gegenüber der AfD zurück. Gleichzeitig war die „Aufstehen“-Gruppe permanent mit unpolitischen und unzutreffenden Angriffen auf die Parteiführung beschäftigt.

Aktuell melden sich auch die alten „Reformkräfte“ und Regierungslinken zu Wort. Sie haben mit einem gemeinsamen Text die Parteitagsdebatte eröffnet, wo sie wieder die alten Ideen von Regierungsmehrheiten mit SPD und GRÜNEN, von Spitzenabsprachen und politischem Kleinhandel um Posten und Positionen ausgraben und von der LINKEN die Preisgabe aller Prinzipien zugunsten einer „diskursiven Politikgestaltung am Einzelfall“ verlangen.

Von den Parteivorsitzenden, dem Schatzmeister und dem Bundesgeschäftsführer ist ein Versuchsballon gestartet worden, die dritte Gruppe unserer Sozialdemokrat*innen, angeführt von Katja Kipping, als mögliche Frieden bringende Kompromisslinie zwischen den Regierungslinken um Dietmar Bartsch und den „Aufstehen“-Leuten zu verkaufen. Sie nutzen die Begriffe der anderen und versuchen, sie mit den alten Parteiaufbaukonzepten zu versöhnen. Aber dieser Ansatz, eine Regierungsoption durch die Hintertür einzuführen, wurde im Gesamtgremium des Parteivorstands erst einmal deutlich zurückgewiesen.

Es gibt heute immer noch keine gesellschaftliche Aufbruchsstimmung für eine GRÜNE-LINKE-SPD Koalition und es gibt auch keine Mehrheiten dafür in den Umfragen. Die Erzählung, die CDU wäre der Hauptfeind und SPD und GRÜNE wären „natürliche“ Verbündete der LINKEN ist so falsch wie die jahrelang vorgetragene These, dass es ein „linkes Lager“ oder „progressive Mehrheit links von der Union“ geben würde.

Zurück zum Aufbau einer handlungsfähigen Klassenpartei

Die gesamte Regierungsdebatte ist vollständig nutzlos und schädlich für die Partei. Es gibt keine Abkürzung zum Aufbau einer widerständigen Klassenpartei, die im wirklichen Leben als Stimme des Protestes verankert ist. Selbst da, wo die LINKE in der Regierung ist, sind die fortschrittlichen Ergebnisse winzig und erfordern dennoch eine breite Mobilisierung der Bevölkerung. Es ist ein tödlicher Irrtum, anzunehmen, eine gute Ministerin und ein toller Staatssekretär würden eine solche gesellschaftliche Mobilisierung irgendwie ersetzen können. Das letzte traurige Beispiel in einer langen Kette ist die PODEMOS im spanischen Staat.

Selbstverständlich darf eine LINKE niemals verstecken, dass auch sie regieren will und regieren kann. Aber das funktioniert nicht durch Schönreden oder Schönsaufen der realen SPD und der GRÜNEN. Beide Parteien wollen ausdrücklich neunzig Prozent des Programms der LINKEN nicht nur nicht, sondern wollen sie verhindern, insbesondere eine Orientierung auf eine sozialistische Gesellschaft und eine weltweite neue Wirtschaftsordnung. Eine Regierung mit SPD oder gar den GRÜNEN wäre heute kein linkes Regieren. Eine Regierungsorientierung der LINKEN braucht andere Koalitionspartnerinnen: Streikende Belegschaften, widerständige Klima-Aktivist*innen, engagierte Mieterinitiativen, Menschenrechtsgruppen, internationale Solidarität und unabhängige, kritische, linke Intellektuelle. Wenn sie nicht vorhanden sind, geht halt nur der mühsame Weg der Ebene zur Erringung echter neuer Mehrheiten für unsere Positionen.

Um zu einer solchen Partei zu werden, muss sich die LINKE allerdings auch aus der massiven Umklammerung durch den Parlamentarismus befreien. Die materielle Macht der Parlamentsfraktionen und der persönliche Karrierismus und die Konkurrenz der Eitelkeiten der gewählten Berufspolitiker*innen prägen nicht nur die gesamte Debatte der Partei, sondern sie sind auch einer der wichtigen Gründe dafür, dass die abwartenden, zaudernden, sich mit dem Erreichten zufriedengehenden sozialdemokratischen Kräfte in

den eigenen Reihen nicht weniger, sondern mehr werden, und dass die Zeit „für sie arbeitet“.

Wir von der AKL haben regelmäßig konkrete Vorschläge gemacht, wie die demokratische Kultur der Partei gestärkt und der Druck der parlamentarischen Kräfte gemildert werden kann. Sie sind alle noch aktuell und ihre Einlösung dringender denn je: Befristung der Mandate; Rotation der Ämter; keine Ämterhäufung; Trennung von Amt und Mandat, strikte Beschränkung aller materiellen und finanziellen Privilegien der Mandatsträger*innen.

Wie abgehoben und irregleitet die nur-parlamentarische Politik ist, der sich die LINKE leider immer mehr verschrieben hat, wird fast jeden Tag am Verhalten unserer Parlaments-Fraktion deutlich. Nicht alle einzelnen Abgeordneten sind so, aber immer mehr, und in der Summe wirkt die Fraktion leider gemeinschaftlich in die falsche Richtung. Die großen Themen einer antikapitalistischen Bewegung und der Wiederbelebung der Idee des Sozialismus als Alternative werden im Parlament tagespolitischen Parlamentsbündnissen, diplomatischen Abwägungen oder auch nur der Geschäftsordnung des Parlaments geopfert. Den Rest an Glaubwürdigkeit erledigen dann ein von außen nur schwer zu respektierender Konkurrenzkampf und das Fegefeuer der Eitelkeiten der einzelnen Abgeordneten und ihrer aufgeblähten Büros gegeneinander.

Eine linke Partei, auch die LINKE, muss selbstverständlich an Wahlen zum Parlament teilnehmen, andernfalls würde sie viel verpassen. Aber sie muss es mit der Aufgeklärtheit machen, die sie in allen anderen Konflikten in der Gesellschaft ja auch zeigen muss. Lässt sie sich treiben, dann wird aus den linken Parlamentarier*innen schnell das Ausführungsorgan zur Verteidigung der herrschenden Verhältnisse.

Die AKL ist gegründet worden, sich eben dieser Entwicklung entgegenzustellen. Darauf verpflichten sich unsere Delegierten, Gewählten für Parteigremien und Mandatsträger*innen.

AUF DER ERSATZBANK VON SPD UND GRÜNEN

Von Lucy Redler

Eine Reihe von Mitgliedern der LINKE, die dem Reformerlager zugerechnet werden, haben am 4. August über den SPIEGEL ein Papier mit dem Titel „Für eine soziale, ökologische und digitale Gesellschaft – DIE LINKE muss sich entscheiden“ veröffentlicht. Das Papier ist erstaunlich wirtschaftsfreundlich, die wesentlichen Forderungen der LINKEN fehlen darin, es verliert sich langatmig und blutleer in Allgemeinplätzchen. Es enthält fast keine konkreten Forderungen zur Verbesserung des Lebens der Arbeiter*innenklasse, aber jede Menge Überlegungen, wie man Teile der Kapitalist*innen (den Mittelstand) pampern kann, wie man die Digitalisierung als sozialpartnerschaftliche Aufgabe angehen sollte, warum die Entgrenzung von Arbeit gar nicht so schlecht ist („Alles, was vor, nach und neben der Produktion erledigt werden kann, kann auf feste Zeiten und eine feste Arbeitsstätte verzichten.“). Die Quintessenz ist erneut: DIE LINKE solle schnell in Debatten mit SPD und Grünen über eine Regierungsbeteiligung im Bund einsteigen, um vor den Bundestagswahlen 2021 Schnittmengen auszuloten; dabei solle sich aber bitte niemand (also auch nicht DIE LINKE) als kämpferischer Teil hervortun (sic!), denn es ginge nicht darum, wer in einem solchen Bündnis Koch und wer Kellner sei. Der Bundesparteitag solle eine Richtungsentscheidung herbeiführen, die Frage müsse zwingend im Leitantrag geklärt werden. Das Gute an dem Papier: Jetzt wissen wir, was der Reformerflügel beim Parteitag durchsetzen will.

Inhaltlich klüger wird man durch Lektüre des Papiers jedoch nicht: Auf 13 Seiten wird weder eine konkrete Analyse bisheriger Regierungsbeteiligungen der LINKEN vorgenommen, noch der Preis einer Regierungsbeteiligung der LINKEN mit SPD und Grünen im Bund erörtert. Das ist erstaunlich vor dem Hintergrund der realen Politik

der SPD in der Bundesregierung und der realen Politik der Grünen in den Landesregierungen in Hessen, in Baden-Württemberg, in Hamburg...aber auch in Berlin, wo unter einer grünen Verkehrssenatorin aktuell der Betrieb der S-Bahn ausgeschrieben wird, der zur Privatisierung und Aufspaltung des S-Bahn-Betriebs führen kann – unter einer rot-grün-roten Landesregierung. Kein Wort davon, dass die Einführung des Mietendeckels nur auf Grundlage einer starken Mieter*innenbewegung und einer zugespitzten Debatte über die Enteignung von Immobilienkonzernen möglich wurde. Klassen und Klassegegensätze kommen in dem Papier nicht vor. Das im Papier genannte „stimmige Bild eines demokratischen Sozialismus“ bleibt völlig unklar. Was meinen sie damit? Ein bisschen mehr Demokratie, Staat und Sozialpartnerschaft im Rahmen der Marktwirtschaft? Ist es die Hoffnung, dass sich die SPD zurück auf den Sozialstaat besinnt und man auf der Grundlage schön zusammen arbeiten könne?

Wir stehen vor der global tiefsten Krise seit den 1930er Jahren, die in verschiedenen Ländern unterschiedlich verlaufen wird. Ohne Massenproteste oder gar (vor)-revolutionäre Bewegungen werden kapitalistische Regierungen die Arbeiter*innenklasse für die Krise bezahlen lassen. Frauen werden erneut das Nachsehen haben. Die milliardenschweren Stützungsaktionen der Bundesregierung für Lufthansa und andere Klimakiller wie die Automobilkonzerne geben einen Vorgeschmack darauf, dass die Krise zu Lasten des Klimaschutzes gehen wird, wenn sich dem nicht Millionen Menschen in den Weg stellen.

**WAS MÜSSTE EINE LINKE
REGIERUNG IN DIESEN
ZEITEN TUN?**



*Lucy Redler ist Mitglied des Parteivorstands DIE LINKE, eine von sieben Bundessprecher*innen der AKL und aktiv in der Sozialistischen Alternative (SAV)*

Sie müsste unmittelbar hohe Vermögen massiv besteuern, den Mindestlohn und die Löhne im öffentlichen Sektor qualitativ anheben, Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklären, Leiharbeit einen Riegel vorschieben und eine Umverteilung von oben nach unten in Gang setzen. Die Kommunen müssten qualitativ besser ausgestattet werden. Die Arbeitszeit kann bei vollem Lohn- und Personalausgleich verkürzt werden, so dass alle Menschen nur noch vier Tage die Woche arbeiten müssten. Unternehmen, die Massenentlassungen durchführen, müssten in öffentliches Eigentum überführt werden.

Eine solche Regierung müsste das System der Fallpauschalen durch eine bedarfsgerechte Finanzierung, ein System der Selbstkostendeckung ersetzen, und Krankenhäuser rekommunalisieren. An der Seite der Mieter*innenbewegung kann eine solche Regierung das Vermieterrecht in ein Mieterrecht ändern und Immobilienkonzerne in öffentliches Eigentum überführen und umfassende Neubauprogramme preiswerter kommunaler Wohnungen auflegen.

Eine solche linke Regierung, die diesen Namen auch verdient, würde auch in anderen Bereichen die Eigentumsfrage stellen wie aktuell in der Auto- und Flugindustrie und gegenüber den Energiekonzernen und Konversionsprogramme in sozial und ökologisch verträgliche Produkte starten.

Sie hätte angesichts von NSU 2.0 und strukturellem Rassismus bei der Polizei die Aufgabe repressive Einheiten aufzulösen, die Mittel der Polizei zu kürzen und diese Gelder sozialen Diensten, Gesundheit und Bildung umzuwidmen sowie die Polizei der demokratischen Kontrolle zu unterwerfen. Eine Bundesregierung müsste Geheimdienste wie das Bundesamt für „Verfassungsschutz“ auflösen, Auslandseinsätze der Bundeswehr beenden, aus der NATO austreten, viel mehr Geflüchtete aufnehmen und dezentral unterbringen.

Ihre Aufgabe wäre die sofortige Abschaltung aller AKWs und einen schnellen Ausstieg aus der Kohle und das Ziel der Null-Emissionen von CO₂ ernsthaft und nachprüfbar zu verfolgen. Diese und weitere Maßnahmen – gestützt auf einer aktiven Unterstützung aus der Bevölkerung – könnten die Tür aufstoßen zu eine nicht-kapitalistischen, einer sozialistischen Gesellschaft, eine Gesellschaft ohne Kriege, Armut, Armeen und Polizei.

Nichts davon findet sich in dem Papier, wahrscheinlich weil klar ist, dass dies weder in der Gesamtheit noch zu einem Bruchteil mit SPD und Grünen und schon gar nicht ohne Massenproteste durchsetzbar ist.

Die Autor*innen führen nicht auf, was sie in einer Bundesregierung durchsetzen wollen. Selbst die einfachsten und grundlegenden Forderungen der LINKEN werden nicht angesprochen. Es geht um das Mitmachen. Regierungsbeteiligung ist der einzige strategische Ansatz, alles andere würde sich dann ergeben, das scheint die Vorstellung der Autor*innen zu sein.

Doch wenn DIE LINKE in 2021 Teil einer Bundesregierung mit SPD und Grünen werden würde, würde sie zum Feigenblatt von Kürzungspolitik im Zeichen der Krise werden. Am Kurs in der Außenpolitik würde sich nichts Qualitatives ändern. Man stelle sich vor, dass in solchen Zeiten, eine parlamentarische Opposition von links wegfallen würde. Eine solche Regierung würde früher oder später in knallharten Gegensatz zu Bewegungen und Streiks geraten. Die Erzählung der Kompatibilität von der Beteiligung an einer rot-grünen Bundesregierung und der Unterstützung von Bewegung ist schlichtweg falsch.

Gegen eine (erneute) Debatte über das Für und Wider von Regierungsbeteiligungen im Kapitalismus mit bürgerlichen Parteien oder das Eintreten für echte linke, sozialistische Regierungen ist nichts einzuwenden. Aber die zentralen strategische Debatten, die DIE LINKE jetzt führen muss, sind andere:

1. Was ist unsere Perspektive des Verlaufs der Wirtschaftskrise global und in Deutschland? Mit welchen Angriffen zu Lasten der Arbeiter*innenklasse werden Kapitalvertreter*innen und Regierende wann reagieren? Mit welchem Mix aus Staatseingriffen und Austeritätspolitik rechnen wir? Werden SPD und Union im Bund versuchen, Kürzungspakete bis nach den Bundestagswahlen hinaus zu zögern und mit welchen Kürzungen, vor allem auf kommunaler Ebene, und Entlassungswellen ist vorher zu rechnen und wie bereitet sich DIE LINKE darauf vor? Welche Konferenzen, Proteste, Initiativen wollen wir ergreifen? Wie schärfen wir unser Programm? Aufgabe der LINKEN ist nicht, Bewusstsein, das man in Wahlumfragen ermittelt, zu reflektieren, sondern Bewusstsein über Markt und Kapitalismus und die Not-

wendigkeit diesen abzuschaffen, weiter zu entwickeln. Die Verfasser*innen des „Reformer-Papiers“ warnen vor einem Überbietungswettbewerb, wer schneller zum Sozialismus kommen wolle. Die zentrale Frage scheint mir zu sein: Was wird unter Sozialismus verstanden? Ich verstehe darunter eine demokratisch geplante Wirtschaftsweise im Interesse von Mensch und Natur und nicht ein bisschen weniger Markt, ein bisschen mehr Staat und mehr Mittelstandsförderung statt Großkonzerne-pimpen. Und ich meine, wir sollten heutige Kämpfe strategisch und politisch zuspitzen und konkret in diesen Kämpfen eine Vorstellung der Überlegenheit einer sozialistischen, demokratischen Gesellschaft schaffen und dafür selbstbewusst eintreten. Genoss*innen aus Hessen haben dazu ebenfalls Gedanken zu Papier gebracht: https://www.die-linke-hessen.de/images/Downloads/2020_aktuell/Strategie-Corona-end.pdf.

2. Wie bringt sich die Partei in den Verteilungskampf im Rahmen der parallel stattfindenden Tarifrunden Öffentlicher Dienst Bund und Kommunen, Nahverkehr, Post und weiteren Bereiche ein? Verhandelt werden Entgelte und/oder Arbeitsbedingungen von den viel beklatschten systemrelevanten Held*innen während der Corona-Krise. Die „Arbeitgeber*innen“ deuten eine harte Haltung in der TVÖD-Runde an. Möglicherweise kommt es nicht nur zu Warnstreiks, sondern zu Streiks. Wie kann DIE LINKE einen wirksamen Beitrag leisten, Solidarität aufzubauen, in einer Zeit, in der manche von der Corona-Krise gebeutelte Familie die Bestreikung von Kitas als erneute Belastung empfinden könnte? Aufgabe unserer Partei ist, den Schulterschluss zwischen den Beschäftigten und der Bevölkerung zu schaffen, zwischen den Kolleg*innen im Nahverkehr und den Klimaaktivisten, und zu helfen, den Druck auf die Bundesregierung mit aufzubauen. Diese Tarifrunden sollten nicht als business as usual abgetan werden. Sie sind für die Arbeitgeber ein Testlauf, wie weit sie gehen können und die Gewerkschaften und politische Linke und LINKE sollte sie ebenso beantworten: nicht nur betrieblich-gewerkschaftlich, sondern auch politisch als gesellschaftliche Auseinandersetzung darum, wer in dieser Gesellschaft „systemrelevant“ ist.

3. Wir müssen unsere Energie jetzt investieren, um die Proteste um die

Gesundheitsministerkonferenz (GMK) am 30. September in Berlin herum zu einem Erfolg zu machen. Der Parteivorstand stellt nach Diskussionen, an denen auch AKL-Mitglieder beteiligt waren, zu Recht vier Forderungen in den Mittelpunkt: Gehaltserhöhungen um 500 Euro als ersten Schritt, eine bedarfsgerechte Personalbemessung, die Abschaffung der Fallpauschalen und die Rekommunalisierung von Krankenhäusern. Der Vorstand ruft dazu auf, in zehn bis fünfzehn Städten am Samstag im Vorfeld der GMK, dem 26. September, Kolleg*innen und Unterstützer*innen bei Kundgebungen und Demos auf die Straße zu bringen. Wir sollten daran arbeiten, hierbei nicht Dutzende oder Hunderte, sondern Tausende auf die Straße zu bringen und innerhalb von ver.di dafür argumentieren, die Proteste mit Warnstreiks der Beschäftigten im Rahmen der TVöD-Runde zu verknüpfen. Denn es gibt JETZT ein Zeitfenster mit viel Sympathie in der Bevölkerung für die Systemheld*innen, um reale Verbesserungen zu erkämpfen. DIE LINKE sollte zudem diskutieren, an welchen Stellen wir Erfolge für eine Rekommunalisierung einer Klinik durchsetzen können, die eine bundesweite Ausstrahlung entwickeln und eine ermutigende Wirkung erzielen kann,

ähnlich wie wir das in der Enteignungsdebatte von Immobilienkonzernen in Berlin bundesweit erlebt haben. Die geplante Pflegekonferenz für Gewerkschafter*innen und Parteimitglieder kann ein wichtiger Raum werden, um strategische Debatten zu vertiefen.

4. In Zeiten großer antirassistischer Bewegungen, der Bedrohung durch NSU 2.0 und von Nazis, sollten wir einerseits eine Debatte über den Charakter dieses Staates und der Polizei führen und unser Verhältnis zur Polizei. Andererseits sollten gute Ansätze wie das bundesweite Treffen für Mitglieder mit Migrationshintergrund im Oktober in Hessen, ausgebaut werden, um uns stärker auszutauschen und mehr Mitglieder mit Migrationshintergrund zu gewinnen.

5. In einer Zeit, in der sich viele Jugendliche politisieren, zum Beispiel anhand der Klimafrage oder im Widerstand gegen Rassismus, in der viele Menschen, auch befeuert durch die Corona-Krise, sich mehr Fragen stellen, wie die Gesellschaft funktionieren soll, wäre es Aufgabe der LINKEN, an dieser neuen Radikalität anzuknüpfen und Wege zu diskutieren, wie das ganze System überwunden werden kann. Dazu gehört, eine antagonistische Haltung zu den Herrschenden und ihren

Parteien einzunehmen. Wir werden diese Menschen nicht erreichen, wenn wir bei SPD und Grünen betteln, auf ihrer Ersatzbank sitzen zu dürfen.

Die Reformer*innen schlagen vor, dass sich die LINKE auf den Pfad der politischen Homöopathie begeben soll: Dem Kapitalismus sollen linke Globuli verabreicht werden und der Weg zur Heilung würde beschritten. Das funktioniert aber auch bei Kindern mit leichten Krankheiten nur, wenn alle ganz fest daran glauben. Das System lässt sich nicht mit linken Regierungs-Placebos davon abhalten, weiter in Richtung Klimakatastrophe und zunehmende Konfrontation zwischen Staaten und Blöcken zu driften.

Kommen die Reformer*innen mit diesem Plan beim Parteitag durch, würde das den Anfang vom Ende der LINKEN als widerständige und aktive Partei einläuten. Jedes Parteimitglied kann sich ein Bild machen, worum es geht. Und kann dafür kämpfen, diese Pläne zu stoppen und sich für einen alternativen Kurs einzusetzen.



KANN DIE LINKE KRISE?

Von Thies Gleiss und Tim Fürup



Tim Fürup ist Bundesgeschäftsführer der AKL und Mitglied des Bundessprecher*innenrates der AKL



Thies Gleiss ist Mitglied im Parteivorstand und Mitglied des Bundessprecher*innenrates der AKL

Wer Kanzler werden will, muss Krise können. Das hat einer der Umfrage-Aufsteiger in Zeiten der Corona-Krise, Markus Söder, als Pflichtpunkt bürgerlicher Politik von heute verkündet. Für die Führung einer Regierung in einer kapitalistischen Krise ist dies sicher richtig, aber für die Oppositionsarbeit einer sozialistischen Partei gilt dies im übertragenden Sinn ebenso.

In einem Antrag der Antikapitalistischen Linken NRW zum Landesparteitag 2020 des größten Landesverbandes der LINKEN heißt es:

„Zum zweiten Mal in der jungen Geschichte der Partei DIE LINKE ist das kapitalistische Wirtschaftssystem weltweit in eine tiefe, alle Bereiche der Gesellschaft erfassende Krise geraten. Wie bereits in der sogenannten Finanzkrise von 2008/2009 zeigen alle üblichen Parameter des Zustands der kapitalistischen Gesellschaft in den Minusbereich: Das „Wirtschaftswachstum“, das heißt Umsatz und Profite, internationale Märkte, Aktienkurse, Währungsstabilität, staatliche und private Verschuldung, Beschäftigung und soziale Sicherungssysteme sowie diverse weitere Kennzeichen mehr, rutscht in einen seit 1929 noch nie da gewesenen Abgrund.

Auslöserin der aktuellen Krise ist eine von einem neuartigen Virus verursachte Pandemie. Dass solche Viren vom Wildtier auf den Mensch überspringen und sich explosionsartig ausbreiten können, hat ebenfalls viel mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu tun.

Aber die Auslöserin ist nicht die Ursache. Die heute vorherrschende weltweite Wirtschaftsweise steht schon lange unter dem Druck einer dreifachen Krise: Die Übersättigung der Märkte und eine daraus folgende übliche Konjunkturkrise bei Absatz und Profit; eine technologische Krise im Zuge des Einzugs der Informationstechnologien in alle Bereiche der gesellschaftlichen Produktion und eine Strukturkrise der kapitalistischen

Produktionsweise generell, die Klima und Biosphäre nachhaltig bedroht und zerstört, Rohstoffe bis zur Erschöpfung ausbeutet und durch Urbanisierung und Zurichtung der gesamten Umwelt im Interesse einer privatisierten Profitmaximierung die Grundlagen jeglichen Lebens von Menschen und Natur untergräbt.

Die herrschende Politik hat auch in dieser neuen Krise ihre Ideologie von Neoliberalismus, Schuldenbremse, Privat vor Staat und ähnliche Kampfpapieren scheinbar vergessen.

Der Staat soll es plötzlich wieder richten. Selbst von Verstaatlichung ist die Rede, wenn auch in einer Weise, wie am Beispiel der Lufthansa zu sehen, in der dem privaten Unternehmen Staatshilfe in einer Höhe zugeschoben wird, die mehr als das Doppelte des aktuellen Börsenwerts des Unternehmens ist, ohne weitere Einmischung der „Politik“ in den Geschäftsbetrieb.

Die Umstellung ganzer Produktionslinien zu sinnvollen und notwendigen Produkten scheint plötzlich in Zeiträumen möglich, die sich selbst Umweltschützerinnen und Umweltschützer nicht im Traum vorstellen konnten.

Gemeinsinn, Solidarität, breitetes Mitmachen aller Menschen bei gesellschaftlichen Lösungen sind in aller Munde und stehen im Kontrast zu dem bisher üblichen Individualismus und Egoismus.

Wir wissen heute nicht, wie weit sich diese krisenhafte Entwicklung noch zuspitzen wird. Aber wir stellen fest, dass sich das kapitalistische System selber in einem Umfang in Frage stellt, wie es lange nicht mehr geschehen ist. Das bietet für die politische Linke und für die Partei DIE LINKE insbesondere, große Chancen, sich als politische Gesamtalternative zu allen anderen, den Kapitalismus liebenden und pflegenden Parteien einzubringen. Chancen und Herausforderungen, die aber – so ist auch die Erfahrung der letzten großen Krise von 2008 – nur kurze Zeit vorhanden sein werden.“

Dieser Analyse schließen wir uns an. Der komplette Antrag kann auf der AKL-Homepage unter <https://www.antikapitalistische-linke.de/?p=3783> eingesehen werden.

Es gibt keine Krisen-Einheitspartei

DIE LINKE hat sich zwar nicht dem Druck gebeugt, sich einer nationalen Einheitsregierung einschließlich der Oppositionsparteien zur Corona-Krisen-Lösung anzuschließen (nur den ersten Infektionsschutz-Maßnahmen hat sie zugestimmt), dennoch lavierte sie anfangs noch in ihren Stellungnahmen und verpasste es, sich klar gegen die Einschränkungen von elementaren Grund- und Freiheitsrechten zu positionieren.

Von einigen bekannten Spitzenleuten der LINKEN wurde sogar geäußert, dass die Regierung fast alles richtig gemacht hätte. Das war deutlich zu viel der Liebe, aber dem gegenüber standen auch wichtige oppositionelle Positionierungen, die den Klassencharakter auch der üppigsten Konjunkturprogramme und Rettungspakete der Regierung hervorhoben: Soforthilfen auch für die bedrängten prekär Beschäftigten; Stopp der Sanktionen im Hart-IV-Regime der Arbeitsämter; Sofortherhöhung der Gehälter in der Pflege und im Einzelhandel; Sonderabgabe für Reiche zur Finanzierung der Krisenmaßnahmen; Schaffung eines staatlichen Mobilitätsverbundes aus Lufthansa und Bahnen; ein großes Investitionsprogramm zum sozial-ökologischen Umbau.

Die LINKE hat sich, wenn auch mit einigem Holpern bei der bundesweiten Beschlussfassung, an den Corona-angepassten Protestaktionen zum 1. Mai und zu anderen Themen und Anlässen beteiligt. Gleichzeitig hat sie zurecht die Aufrufe zu den „Corona-kritischen“ Demonstrationen gegen die Maskenpflicht und die Pandemie-Politik der Regierung kritisiert und die Nähe zu rechten Kräften und Verschwörungsideologen aufgezeigt.

Trotz dieser richtiger Einzelpositionen hätten wir uns gewünscht – und in mehreren Beiträgen, die auf der AKL-Seite noch nachzulesen sind, auch konkret gefordert – dass die LINKE im Zuge der Krisenpolitik eine umfassende Kritik am Kapitalismus präsentiert und ihre Alternative einer sozialistischen Gesellschaft erklärt, die all die zarten

Ansätze eines neuen solidarischen Zusammenlebens und der Überwindung überflüssiger Produktions- und Konsumptionsweisen des kapitalistischen Alltags, die aktuell bei der Krisenbewältigung erkennbar wurden, zu einer konkreten Idee einer neuen Gesellschaft ausbaut.

Das Zeitfenster, in dem eine solche konkrete Aufklärung über unsere Gesamialternativen auf breiteres Gehör als sonst stößt, ist nur schmal. Es sind, die auch heute doch dominierenden Augenblicke, in denen die Politik die angeblichen und tatsächlichen ökonomischen Sachzwänge der kapitalistischen Produktionsweise übertönt. In den Sommermonaten 2020 melden sich schon die üblichen Lobbyvereine dieser ökonomischen Diktatur zurück: Unternehmerverbände, die mehr und bedingungslose staatliche „Hilfen“ haben möchten; Veranstalter und Händler, die Beendigung öffentlichen Kontaktbeschränkungen und längere Verkaufszeiten wünschen; Arbeitgeber, die ausgedehnte Arbeitszeiten und weniger Lohn für „ihre“ Beschäftigten fordern.

Es zeichnet sich der von verschiedenen Seiten, auch von der LINKEN, vorhergesagte Herbst der harten Verteilungskämpfe ab. Wer soll die Kosten der Krise tragen? – Das ist die zentrale Frage.

Neben der Unterstützung konkreter Auseinandersetzungen und der Forderungen von Gewerkschaften, Belegschaften, Studierendenverbänden, aus der kommunalen Politik und weiterer, ist hier und jetzt eine politische Alternative erforderlich, die eine Perspektive gegen die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und für ein anderes Gesellschaftsmodell aufzeigt. Fast keiner, der jetzt ausgetragenen Konflikte um die Krisenkosten, wird nur ökonomisch, nur im Betrieb oder dem konkreten Ort der Auseinandersetzung zu gewinnen sein. Sie alle benötigen eine politische, gesellschaftliche Mobilisierung, worin DIE LINKE eine tragende Rolle spielen könnte und sollte. „Wann, wenn nicht jetzt“ – so lautet zurecht der auf allen Plakaten auftauchende Aufruf der LINKEN-NRW im aktuellen Kommunalwahlkampf.

Eine völlig unpassende Wahlstrategie 2021

Angesichts dieser offenkundigen Aufgabenstellung einer linken, oppositi-

onellen, antikapitalistischen Partei von heute, erscheinen die sich jetzt herauschälenden Konturen einer politischen Strategie für das Bundestagswahljahr 2021 als das absolute Kontrastprogramm. Schon auf der „Strategiekonferenz“ der LINKEN im Februar 2020 in Kassel, forderte eine Mehrheit der schriftlichen und mündlichen Beiträge einen radikaleren und selbstbewussteren Auftritt der LINKEN und nur durch undemokratische Verfahren konnten auch Auftritte der Anhänger*innen einer auf Regierungsbeteiligung orientierenden Politik in Teilen unwidersprochen bleiben.

Aber in der Vorbereitung des Bundesparteitages im Oktober/November 2020 und für die Bundestagswahlen 2021 suchen die „Regierungssozialist*innen“ in der LINKEN ihr Glück in einer Flucht nach vorn. Das wird für alle Beteiligten und für alle Meinungsströmungen nicht gutgehen – das können wir schon heute guten Gewissens vorhersagen.

Die zentrale Erzählung dieser politischen Orientierung lautet, dass die Hauptursache der falschen Politik die CDU sei, ihre politische Herrschaft müsse abgelöst werden, und dass eine „progressive Mehrheit aus GRÜNEN, SPD und LINKE“ vorhanden sei und angestrebt werden sollte. Der Regierungswechsel mit Einschluss der LINKEN in einer Koalition sei das Ziel im Bundestagswahlkampf.

Bei Redaktionsschluss dieser „aufmüppig“ war die Diskussion darüber noch im Gange und ein Leitantrag des Parteivorstandes zum Bundesparteitag noch nicht verabschiedet, aber die Entwürfe aus den Reihen des geschäftsführenden Parteivorstandes gehen leider in diese Richtung. Die AKL hat ihre Kritik daran schon eingebracht. Ein Beitrag aus Hessen und der oben genannte Antrag der AKL in NRW setzen deutlich andere und bessere Leitlinien. (Das Papier des Landesverbandes Hessen ist hier zu finden: https://www.die-linke-hessen.de/images/Downloads/2020_aktuell/Strategie-Corona-end.pdf.)

Ist die CDU die politische, wenn nicht gar einzige Gegnerin für Linke in diesen Tagen? Wer auch nur kurz die politische Landschaft besichtigt, merkt, dass dies völliger Unsinn ist. In Bundes-Berlin regiert eine Koalition aus CDU und SPD, die sich in allen großen Fragen einig ist. Es ist weit und breit kein „Klassenwiderspruch“ zwischen

den beiden Parteien erkennbar. Wenn sie sich streiten, dann geht der Streit meistens quer durch beide Parteien. Die SPD ist nicht die „sozialere“ oder „fortschrittlichere“ Kraft, sondern führend an allen Fehlentscheidungen der letzten Jahre beteiligt. Die sieben Landesregierungen, in denen die SPD führend beteiligt ist, machen keine grundsätzlich andere Politik als die sieben Länder, in denen die CDU den Ministerpräsidenten stellt. Überall wird der Kapitalismus auf Kosten der Mehrheit der Menschen verwaltet. Das gilt auch für die Senatsbeteiligung in Berlin. Dieses Regierungsprojekt wird von den reformorientierten Flügeln der Linkspartei gerne als „Beweis“ für gutes Regieren mit der LINKEN angeführt. Eine nähere Betrachtung zeigt, dass der Mietendeckel (der sogar viele Löcher aufweist) nur durch massiven Druck von Mieter*innen-Initiativen möglich war. Auch die Privatisierung und Zerschlagung der Berliner S-Bahn wird nicht an den linken Senator*innen scheitern, sondern nur durch den Widerstand der Stadtgesellschaft. Wie brutal der Berliner Senat die Interessen der Immobilien-Mafia durchsetzen muss, zeigt die Räumung der linken Szenekneipe „Syndikat“ eindrucksvoll.

Nur noch wenige Mitglieder in der SPD verstehen sich heute überhaupt selbst als „links“ oder gar antikapitalistisch. Die breite Mehrheit der SPD-Mitgliedschaft ist erst nach 2004, also bewusst in die Partei von Gerhard Schröder und der Hartz-IV-Politik eingetreten. Die Partei wird von Berufspolitiker*innen und Karrierist*innen bestimmt, eher mehr als weniger als die CDU. Ob mit oder ohne Scholz als Kanzlerkandidat: Die SPD hat sich in ihrer langen Geschichte bisher bei jedem emanzipatorischen Aufbruch auf die andere Seite der Barrikade, auf die Seite der Kapitalfraktionen gestellt. Sie bleibt dort auch weiterhin stehen. Zwar schließt sie ein Bündnis mit der LINKEN nicht mehr aus, wird aber im Gegenzug nicht müde, zu betonen, welche Bedingungen die Linkspartei für den Regierungsauftrag zu erfüllen hat: Ja zu NATO, EU, Abschiebungen, Überwachung, dem Ausbau sowie der Aufrüstung der Polizei und der Unterwerfung der LINKEN unter die Logik der Sachzwänge. Es ist traurig, dass führende Vertreter*innen der LINKEN über fast alle Stöckchen springen, die die SPD hinhält.

Der zweite Wunsch kandidat einer angeblichen „progressiven Mehrheit“, die GRÜNEN, ist noch klarer im pro-kapitalistischen Lager verortet. Seit ihrem Einknicken bei der Bundestagswahl 2017 zelebrieren sie geradezu ihre Verliebtheit in den Kapitalismus und sind mit diesem Optimismus gegenüber den herrschenden Verhältnissen sogar sehr erfolgreich. Sie verkaufen sich als die Alternative zur Schmutzpartei AfD und als Vertreterin der letzten Gewinner*innen einer kapitalistischen Modernisierung. In den elf Bundesländern, in denen die GRÜNEN mitregieren, sind sie keineswegs die vorantreibende „progressive“ Kraft.

Die Mehrheit der GRÜNEN-Mitglieder will mittlerweile bevorzugt eine Koalition mit der CDU, nur groß öffentlich darüber sprechen, will sie nicht.

Und wie zur Verhöhnung der Strategie auf eine Gemeinschaftsregierung von GRÜNE, SPD und LINKE sind schließlich auch die Wahlumfragen eindeutig: Es gibt keine „progressive“, noch nicht einmal eine numerische Mehrheit an Parlamentssitzen für die drei Parteien.

Es gibt keine Alternative: Veränderung beginnt in der Opposition

Es wird gern ein „Argument“ angebracht, das für eine Orientierung auf eine Rot-Rot-Grün-Regierung sprechen soll: Die große Mehrheit unserer Anhänger*innen würden wollen, dass wir mitregieren und bei den Abstimmungen über die Koalitionsverträge in Thüringen, Berlin, Bremen und zuvor auch Brandenburg hätte eine große Mehrheit mit Ja gestimmt.

Das ist hart an der Grenze zum Selbstbetrug. Nirgendwo wurde abgestimmt, ob die LINKE auch dann mitregieren sollte, wenn sie nicht mehr inhaltlich als LINKE zu erkennen ist.

Die schlichte Erkenntnis der Lage von heute, dass eine gemeinsame Regierung mit der SPD oder gar den GRÜNEN ausdrücklich keine linke (und nur wenig und entstellend eine LINKE-) Regierung sein wird, macht eine Ausrichtung des Wahlkampfes auf Rot-Rot-Grün zur Lachnummer. Wir mobilisieren damit von uns weg.

Es gibt keine Alternative zum Aufbau der LINKEN als eine radikale, antikapitalistische und sozialistische Oppositionspartei. Erst wenn wir darüber eine

wirkliche gesellschaftliche Aufbruchsstimmung organisiert haben, möglicherweise auch zu linken Wendungen und Abspaltungen bei der SPD oder den GRÜNEN gesorgt haben, wird sich die Frage einer Regierung stellen können: Und selbst dann muss diese Regierung der Anfang vom Ende des Kapitalismus sein. Bei guter oppositioneller Politik (die im Übrigen auch gleich viel oder gar mehr an den berühmten „sozialen Verbesserungen für die Menschen“ erreichen wird) kann dies auch schon bald passieren.

Der Wahlkampf 2021 wird geprägt sein, durch viele konkrete Forderungen aus der Gesellschaft an „die Politik“ und auch vielen Versprechungen „der Politik“, einiges davon einzulösen. Der ökonomische Sachzwang des Kapitalismus wird stets mitschwingen, aber wir gehen noch von einem deutlich politischeren Wahlkampf als bei früheren Wahlen aus. Es besteht die Chance, dass die LINKE darin auch wieder Nichtwähler*innen, aber vor allem das komplette Lager ihrer Anhänger*innen an die Urne mobilisieren kann. Das ist ihr in allen letzten Wahlen nicht gelungen.

Voraussetzung dafür ist aber ein Wahlkampf der erstens Glaubwürdigkeit ausstrahlt,

zweitens möglichst viele Aktive mitnimmt und einbezieht und drittens keinen Hehl daraus macht, dass die Veränderungen, die nötig sind, keine Kleinigkeit sind. Unter einer radikalen antikapitalistischen, sozialistischen und ökologischen Radikalveränderung der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse ist eine lebenswerte Zukunft in unseren Tagen nicht mehr zu haben.

MIT OLAF SCHOLZ IN RICHTUNG ROT-GRÜN- ROT?

Von Sascha Staničić

Die Kanzlerkandidatur des Finanzministers sagt viel über den Zustand der SPD, aber wenig über die Aussicht auf eine Regierung links der Union

Innerhalb von zwei Tagen hat die SPD-Spitze sowohl ihre grundsätzliche Bereitschaft zu einer Koalition mit Grünen und Linkspartei auf Bundesebene erklärt und den Bundesfinanzminister und Vizekanzler Olaf Scholz als Kanzlerkandidaten aufgestellt. Was auf den ersten Blick wie ein Widerspruch aussieht, könnte sich als geschickter Schachzug entpuppen, um DIE LINKE mit einer geringstmöglichen Erwartungshaltung in eine solche Koalition einzubinden. Die Parteiführung der LINKEN signalisiert fatalerweise ihre Bereitschaft dazu.

Die Nominierung von Scholz ist ein Offenbarungseid der SPD-Linken, vor allem der Jungsozialist*innen um ihren Vorsitzenden und SPD-Vize Kevin Kühnert. Olaf Scholz steht als ehemaliger Regierender Bürgermeister von Hamburg und als Finanzminister für all das, wogegen Kühnert in der Vergangenheit so medienwirksam rebellierte: Große Koalition, schwarze Null, unternehmerfreundliche Politik, Polizeirepression gegen antikapitalistische Proteste etc.

Noch bei der Wahl zum SPD-Vorsitz war er den als eher links im SPD-Koordinatensystem zu verortenden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans unterlegen. Wer aber glaubte, nun käme das Ende der Großen Koalition oder gar eine Linkswende der SPD wurde schnell enttäuscht. Esken und Walter-Borjans wollten der GroKo gar nicht den Garaus machen. Der SPD-Führung geht halt die staatsmännische Verantwortung über politische Inhalte. Die Beiden mussten dann auch schnell feststellen, dass SPD-Politik stärker in den sozialdemokratisch geführten Bundesministerien und Landesregierungen bestimmt wird, als im Willy-Brandt-Haus. Ihre Positionen, die nun wirklich auch weit von wirklich linker, antikapitalistischer Politik entfernt sind, wurden von den Minister*innen und Ministerpräsident*innen in der Regel einfach ignoriert und diese machten weiter, als ob nichts geschehen sei.

In der Krise ist alles anders

Wenn Kevin Kühnert nun betont, die SPD sei heute programmatisch anders aufgestellt, als noch vor einigen Jahren



Sascha Staničić ist Mitglied des AKL-Länderrats und Bundessprecher der Sozialistischen Organisation Solidarität (Sol).

und dass Olaf Scholz diese programmatischen Veränderungen mittrage, dann ist das zwar nicht ganz falsch, aber eben auch keine qualitative Veränderung hin zu Politik im Interesse von Lohnabhängigen und sozial Benachteiligten. Dass die Sozialdemokratie sich mittlerweile für Veränderungen im Hartz IV-System, einen Mindestlohn von zwölf Euro und eine Vermögenssteuer ausspricht, ist zum einen eine Reaktion auf ihren Niedergang in der Wähler*innengunst und zum anderen Ausdruck der von relativer wirtschaftlicher Stabilität geprägten letzten Jahre, in der auch CDU/CSU keinen größeren Sozialabbau durchzusetzen versuchte. Und: diese Positionen stehen nur auf dem Papier.

Doch nun ist Krise und die Kapitalistenverbände stehen in den Startlöchern, um Verschlechterungen im Rentensystem und bei Arbeiter*innenrechten durchzusetzen. Deshalb werden sie zweifellos versuchen, eine schwarz-grüne Regierung ins Amt zu bekommen, ggf. unter Einbeziehung der FDP. Die SPD-Führung wird jedoch aus parteipolitischen Eigeninteresse sicher vermeiden wollen, noch einmal als Juniorpartnerin in einer CDU-geführten Bundesregierung zu landen. Sollte es für R2G reichen (was nach derzeitigen Umfragen nicht der Fall wäre, aber was sich auch noch ändern kann), wäre es daher nicht ausgeschlossen, dass auch ein Olaf Scholz diesen Weg mitgeht, um die Fleischtröge der Macht nicht verlassen zu müssen.

Eine nächste Bundesregierung wird vor der Alternative stehen, entweder die Krisenkosten auf dem Rücken der Arbeiter*innenklasse abzuladen oder diese gegen das Kapital zu mobilisieren und sich mit den Reichen und Mächtigen im Land anzulegen. Wer glaubt, dass SPD und Grüne dazu bereit sind, glaubt auch, dass Corona nur eine harmlose Grippe ist. Wenn DIE LINKE diesen Weg geht, wird sie das Schicksal anderer Linksparteien erleiden, die dachten, sie könnten in Koalitionen mit der Sozialdemokratie oder überhaupt in Regierungen, die im Rahmen des Kapitalismus handelten, diesen bändigen und etwas für die Masse der Bevölkerung rausholen. Heraus kam im besten Fall eine Politik des kleineren Übels, die von den Arbeiter*innen und sozial Benachteiligten berechtigterweise vor allem als ein Übel betrachtet wurde. Dementsprechend wurden Parteien wie die griechische SYRIZA, die italienische Rifondazione Comunista oder kürzlich

auch PODEMOS im spanischen Staat bei Wahlen abgestraft und haben ihre Basis unter Lohnabhängigen und Jugendlichen wieder verloren.

DIE LINKE

Die wesentlichen Führungskräfte der LINKEN scheinen sich aber schon für das R2G-geannte Bündnis mit Sozialdemokratie und Grünen entschieden zu haben. Anders kann man die Reaktionen auf die Wahl von Scholz zum Kanzlerkandidaten nicht interpretieren. Insbesondere der Co-Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch überschlägt sich darin, SPD und Grünen zu versichern, dass DIE LINKE gar nicht so radikal ist, wie es scheint. NATO-Mitgliedschaft und Auslandseinsätze der Bundeswehr sind für ihn kein Hinderungsgrund eine Koalition einzugehen.

Und schon vorher hatten die Parteivorsitzenden Bernd Riexinger und Katja Kipping gemeinsam mit dem Bundesgeschäftsführer und Bundesschatzmeister ein Papier vorgelegt, das sich für eine R2G-Perspektive stark machte und das so genannte „Reformerlager“, also die Parteirechte, geht ebenfalls mit einer breit getragenen Stellungnahme in die Offensive.

Darauf zu hoffen, dass sich die Sozialdemokratie – einmal aus der „Gefangenschaft der CDU befreit“ wie manche es formulieren – im Rahmen einer Koalition mit der LINKEN zurück zu ihren Wurzeln entwickelt, widerspricht allen Erfahrungen von solchen Koalitionen. Es war immer das Regierungsamt, das die linken Politiker*innen und Parteien verändert hat und nicht diese Politiker*innen und Parteien haben die Politik in den Regierungsämtern und die Institutionen selbst verändert. Eine R2G-Koalition wird zur weiteren Anpassung der LINKEN und nicht zu einem Linksschwenk der SPD führen.

Die Parteilinke sollte gegen diese Strategie mobil machen und dabei eine unzweideutige Position einnehmen. Diese muss auf der Einschätzung basieren, dass die sich gerade entwickelnde kapitalistische Wirtschaftskrise unweigerlich zu scharfen Angriffen auf die Arbeiter*innenklasse führen wird und diese nur durch breite Mobilisierungen und Streiks bekämpft werden können und zweitens der Aufbau einer sozialistischen Massenpartei nötig ist, die diesen Widerstand mit einer Perspektive zur sozialistischen Gesellschaftsver-

änderung verbindet. Wir brauchen eine Partei, die eindeutig auf Seiten der Arbeiter*innenklasse und sozial Benachteiligten steht und die den Kampf für die Überwindung des kapitalistischen Systems nicht in die ferne Zukunft verschiebt. Der von Katja Kipping und anderen propagierte Gedanke des „Regierens in Bewegung“ ist eine Illusion. Diese konnte in Berlin für eine kurze Zeit genährt werden, weil hier soziale Bewegungen in der Stadt, vor allem die Mieter*innenbewegung, einen erheblichen Druck erzeugen konnten und gleichzeitig die ökonomische Situation bis zum Beginn der Wirtschaftskrise gewisse Spielräume geschaffen hatte. Aber auch in Berlin lässt der Senat weitere Wohnungen und linke Projekte räumen, wird die Privatisierung von Teilen der S-Bahn und Schulgebäuden auf den Weg gebracht und unterscheidet sich die Politik des rot-rot-grünen Senats nur punktuell von der Politik anderer Landesregierungen. In Thüringen und Bremen kommt man gar nicht auf die Idee, die dortigen Regierungsbeteiligungen als „Regieren in Bewegung“ zu betrachten.

Rote Haltelinien reichen nicht

Die Parteilinke beruft sich in ihrer Opposition gegen R2G auf Bundesebene gerne auf diesen Passus des LINKE-Parteiprogramms: „An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt, deren Politik die Aufgabenerfüllung des Öffentlichen Dienstes verschlechtert, werden wir uns nicht beteiligen.“ Doch auf diesen so genannten roten Haltelinien die Strategie gegen eine Regierungsbeteiligung mit prokapitalistischen Parteien aufzubauen ist zum Scheitern verurteilt. Denn ein Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und LINKE würde weder Kriegs-/Kampfeinsätze der Bundeswehr, noch Privatisierungen oder Sozialabbau vorsehen. Das schreiben Regierungen selten in ihre Regierungsprogramme und setzen es dann im Laufe ihrer Amtszeit trotzdem um. Aber dann wäre das Kind schon in den Brunnen gefallen und einmal in einer solchen Koalition wäre die Parteilinke nachhaltig geschlagen.

Auch ein Blick nach Österreich sollte eine Warnung sein. Hier hat die Führung der Grünen eine Koalition mit der rechtskonservativen ÖVP unter Sebastian Kurz in der Partei durchsetzen können mit dem Argument, dies sei eine einmalige Gelegenheit grüne Klimapolitik durchzusetzen, da müsse man an anderer Stelle, hier unter anderem bei der Geflüchtetenpolitik, in den sauren Apfel beißen. Angesichts der Möglichkeit, dass die Grünen stärkste Partei in einem solchen Dreierbündnis werden, wird das zweifelsfrei ein gewichtiges Argument von Befürworter*innen einer Regierungsbeteiligung werden.

Gegen den Strom

Es ist auch keine Frage, dass es nicht leicht sein wird, eine Opposition gegen eine Regierungsbildung mit SPD und Grünen in Teilen der Arbeiter*innenklasse, und nicht zuletzt auch unter Aktiven in Bewegungen und Gewerkschaften, zu vermitteln. Alles ist besser, als eine weitere konservativ geführte Regierung, werden viele denken.

Aber eine konsequente sozialistische Oppositionspolitik, massives Engagement in den bevorstehenden

gewerkschaftlichen und sozialen Auseinandersetzungen und eine Politik der parlamentarischen Einzelfallentscheidung würde es möglich machen, dass DIE LINKE trotzdem aus einer solchen Situation gestärkt hervor geht. Das würde bedeuten deutlich zu machen, dass eine Beendigung der CDU/CSU-Dominanz in der Bundesregierung nicht an der LINKEN scheitern wird, diese also eine*n sozialdemokratischen oder grünen Kanzler*in ins Amt helfen würden und eine SPD-Grüne-Minderheitsregierung nicht verhindert würde. Jede Maßnahme im Interesse der Arbeiter*innenklasse und der sozial Benachteiligten, wie Erhöhung des Mindestlohns oder Einführung einer Vermögensteuer, würde durch DIE LINKE im Bundestag zur Mehrheit verholten, aber auch jede Maßnahme gegen die Lohnabhängigen abgelehnt werden. DIE LINKE würde sich nicht durch einen Koalitions- oder Tolerierungsvertrag an eine solche Koalition binden und keine Verantwortung für deren Gesamtpolitik übernehmen, sondern unabhängig für die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung mobilisieren und auf der Basis eine starke sozialistische Kraft aufbauen. Das würde auch nicht bedeuten, einer Regierungsbeteiligung bzw. -übernahme eine prin-

zipielle Absage zu erteilen, sondern zu erklären, dass eine solche für die Partei nur auf Basis wirklich linker und sozialistischer Politik in Frage kommt. Der Aufstieg SYRIZAs zur stärksten Kraft in Griechenland in den Jahren der Krise bis 2015 zeigt, dass eine linke Partei in Zeiten kapitalistischer Krise und verschärfter Klassenkämpfe schnell in eine solche Position gelangen kann. Das muss die strategische Ausrichtung einer sozialistischen Partei sein.



KRANKENHÄUSER RETTEN – FALLPAUSCHALEN ABSCHAFFEN!

Von Inge Höger

Das Corona-Virus hat wie ein Brennglas auf die schon länger bestehenden Probleme in den deutschen Krankenhäusern aufmerksam gemacht: Es fehlt an Personal und die DRG-Fallpauschalen führen zu Fehlsteuerungen in der Versorgung von Patientinnen und Patienten. Der Konflikt zwischen einer am Patient*innen und Gemeinwohl orientierten Versorgung oder der Vormacht von Markt und Wettbewerb und Profit tritt immer offener zutage. Dies müssen wir als Weckruf nutzen für eine andere Krankenhauspolitik.

Bis zum Ausbruch der Corona-Epidemie wurde in der interessierten Öffentlichkeit über angeblich zu viele Krankenhäuser diskutiert. Dabei wurden zwischen 1991 und 2017 in Deutschland bereits 572 Krankenhäuser geschlossen und 147.620 Betten abgebaut. Der Abbau erfolgte vorrangig in öffentlichen und freigemeinnützigen Krankenhäusern. Gleichzeitig erfolgte ein Kahlschlag beim Personal. Bis



Inge Höger ist Landessprecherin DIE LINKE. NRW, Mitglied im Kokreis der LAG Gesundheit und Soziales NRW sowie Mitglied bei ver.di. Sie engagiert sich seit Jahren aktiv in Gewerkschaften und sozialen Bewegungen.

2012 wurden ca. 85.000 Stellen im nicht-ärztlichen Dienst abgebaut. In Deutschland betreut eine Pflegekraft 13 Patient*innen, in den Niederlanden sieben und in Norwegen 5,4. Der Pflegegenotstand ist schon lange ein offenes Geheimnis.

Trotzdem oder gerade deshalb setzte die „Nationale Akademie der Wissenschaften - Leopoldina“ aus Halle bereits im Jahr 2016 zu einem weiteren Schlag für weitere Krankenhausschließungen an. Deutschland habe im europäischen Vergleich 35 Prozent zu viele Bettenkapazitäten. Sie begründete das Ganze auch noch mit dem fehlenden Pflegepersonal: „Eine entsprechende Reduktion der Krankenhäuser... würde zu adäquateren Patienten-Pflegepersonal-Zahlen führen und damit sowohl die Versorgungsqualität deutlich erhöhen als auch Überlastungen beim medizinischen Personal reduzieren.“ Die neoliberale Bertelsmann-Stiftung legte im letzten Jahr noch mal nach und schlug erneut die Schließung von mehr als der Hälfte aller Krankenhäuser und die Konzentration auf wenige Zentralkliniken vor. In der Studie hieß es: „In Deutschland gibt es zu viele Krankenhäuser. Eine starke Verringerung der Klinikanzahl von aktuell knapp 1.400 auf deutlich unter 600 Häuser, würde die Qualität der Versorgung für Patienten verbessern und bestehende Engpässe bei Ärzten und Pflegepersonal mildern.“

Der Niedergang der Krankenhauspflege verlief über mehrere Schritte. Nachdem in den 70er Jahren mit dem Krankenhausfinanzierungsgesetz die Länder zur Planung und Finanzierung der Krankenhausinvestitionen und die Krankenkassen zur Finanzierung der betriebsnotwendigen Selbstkosten von

bedarfsgerechten, wirtschaftlich arbeitenden Krankenhäusern (Selbstkostendeckungsprinzip) verpflichtet waren, wurde bereits 1980 mit dem sog. Krankenhauskostendämpfungsgesetz die Finanzierung der Krankenhäuser vom Selbstkostendeckungsprinzip umgestellt. Begründet wurde dies mit einer angeblichen Kostenexplosion im Gesundheitswesen, obwohl die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung immer zwischen sechs und sieben Prozent gemessen am BIP lagen.

Nach der Wende und der Zusammenführung der sehr unterschiedlichen Gesundheitssysteme in Ost- und Westdeutschland erfolgte 1992 wegen einer angeblichen Kostenexplosion im Gesundheitswesen eine umfassende Gesundheitsreform mit einschneidenden Änderungen und Leistungskürzungen. Damals wurde Markt und Wettbewerb zwischen dem bisher geregelten Nebeneinander der Krankenkassen und auch der Krankenhäuser eingeführt. Einziger positiver Bestandteil war die Pflegepersonal-Regelung (PPR). Sie diente aufgrund eines schon damals bestehenden Pflegenotstandes der Ermittlung der notwendigen Anzahl von Pflegekräften in Krankenhäusern. Nachdem ein Bedarf von 21.000 Stellen und damit ein um 8.000 Stellen höherer Bedarf als angenommen festgestellt, wurde diese ganz schnell 1997 wieder abgeschafft.

2003/2004 kamen dann die Fallpauschalen (DRG). Damit wurde endgültig von einer gemeinwohlorientierten Planung der Krankenhauskapazitäten und einer Refinanzierung der Kosten Abschied genommen. Mit der Finanzierung über Fallpauschalen stehen betriebswirtschaftliche Gewinne der Kliniken im Vordergrund und nicht die

Bedürfnisse der Patient*innen oder eine gute Versorgung. Das Verfahren zwingt die Krankenhäuser dazu, für jede Patient*in einen höchstmöglichen Erlös zu erzielen. Es werden nur noch Pauschalen pro Behandlungsfall bezahlt. Parallel ziehen sich die Bundesländer immer mehr aus der Finanzierung der Investitionen in Krankenhäuser zurück. Geführt hat dies zum einen zu Über-Unter- und Fehlversorgung, da nicht die bestmögliche Versorgung, sondern das bestmögliche Preis-Leistungsverhältnis im Vordergrund steht. Eine weitere Folge dieses Systems ist ein massiver Personalabbau, insbesondere in der Pflege, aber auch die Auslagerung von Reinigungsdiensten oder etwa von Laboren bis hin zur Diagnostik. Auch Behandlungskapazitäten also Krankenhausbetten wurden abgebaut und hier wieder vor allem solche, die einen hohen Aufwand bei geringer Refinanzierung machen. So wurden viele Entbindungsstationen und Kinderkliniken geschlossen, aber auch kleine ländliche Krankenhäuser der Grundversorgung, während die Kapazitäten für Hüft- und Kniegelenkoperationen ausgebaut wurden. Konservative personalaufwendige Behandlungsmethoden werden verdrängt zugunsten von mehr Operationen.

All diese Änderungen haben nicht zu Kosteneinsparungen geführt, sondern zu einer Ausweitung der Krankenhausbehandlungsfälle. Die Zahl der Patient*innen stieg seit 1995 um 3,5 Mio. bei abnehmender Verweildauer von ca. 40 %. Die Belastungssteigerung für das Personal stieg um über 30%. Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen für Krankenhausbehandlungen sind rasant gestiegen von 35 Mrd. 1991 auf 85 Mrd. Euro in 2017, obwohl doch angeblich das Gegenteil bezweckt war. In der stationären Krankenhausversorgung und der Altenpflege haben sich Konzerne und Finanzinvestoren ausgebreitet, die ihre Profite aus Versicherungsgeldern und der öffentlichen Finanzierung erzielen.

Die Ökonomisierung führte vor allem zu einem massiven Stellenabbau im nichtärztlichen Bereich. Das verbliebene Personal ist oftmals chronisch überlastet und desillusioniert. Viele reduzieren ihren Stellenanteil, arbeiten nur Teilzeit oder kündigen. Mit der zunehmenden Belastung für das Personal in den Krankenhäusern und in der Pflege hat sich inzwischen eine Bewegung für mehr Personal in Krankenhäusern und



eine verbindliche gesetzliche Personalbemessung entwickelt. So wurden in der Berliner Charité und 17 weiteren Unikliniken Entlastungstarifverträge erkämpft. Auch durch diese Kämpfe unterstützt von der Gewerkschaft ver.di, der Partei DIE LINKE und von vielen regionalen Bündnissen für mehr Personal in Krankenhäusern wurden seit 2012 50.000 Neueinstellungen beim nichtärztlichen Personal erreicht.

Im Gesundheitswesen hängt gute Versorgungsqualität zu großen Teilen davon ab, ob genug fachlich qualifiziertes Personal zur Verfügung steht. Dieser Zusammenhang ist vielfach wissenschaftlich nachgewiesen. Deshalb fordert ver.di sowohl für die Beschäftigten im Krankenhaus als auch in der Altenpflege eine verbindliche, bundeseinheitliche gesetzliche Personalbemessung. 162.000 Stellen fehlen nach Hochrechnungen der Gewerkschaft ver.di in Krankenhäusern, allein 70.000 in der Pflege. Dort ist ein Stellenzuwachs zwar besonders nötig, ver.di fordert aber mehr Stellen in allen Bereichen des Krankenhauses. Der Pflegezuschlag und das Pflegestellenförderprogramm der letzten Krankenhausreform waren erste Schritte, reichen aber bei weitem nicht aus, um die Personalsituation wirksam und nachhaltig zu verbessern. DIE LINKE unterstützt die Forderungen nach mehr Personal mit ihrer Pflegekampagne.

Gerade in der Corona-Epidemie hat sich gezeigt, dass die Krankenhäuser völlig unzureichend auf Krisen- und Katastrophenfälle vorbereitet sind. Die Krankenhäuser sind in der Regel ziemlich ausgelastet. Da sorgt das DRG-System für. Es fehlen Reserven sowohl bei den Betten als auch beim Personal und

erst recht bei der Schutzausrüstung, weil all dies in der Finanzierung durch die Fallpauschalen nicht abgedeckt ist. Deutschland ist zwar trotz jahrzehntelanger Sparmaßnahmen noch relativ gut aufgestellt mit Krankenhaus- und Intensivbetten. Durch die Vorgabe des Bundes- und der Landesgesundheitsminister, alle vermeidbaren Behandlungen und Operationen zu verschieben, waren Kapazitäten für Covid-Patient*innen vorhanden. In Italien und Spanien war das ganz anders. Durch die massiven Sparprogramme, die diesen Ländern durch die EU und die Troika und damit auch von der deutschen Regierung aufgezwungen wurden, sind dort die Gesundheitssysteme in den Pandemiezeiten zusammengebrochen. In Italien gibt es nur noch 8,6 Intensivbetten auf 100.000 Einwohner*innen und in Spanien 9,7. Die Bundesregierung ist durch die Vorgaben für die Sparprogramme mit verantwortlich für die Toten in Italien und Spanien.

In Deutschland gibt es trotz Einführung von Markt und Wettbewerb und durch Aufstockung der Behandlungskapazitäten 33,9 Intensivbetten auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner, wobei in der aktuellen Krisensituation die Kapazitäten weiter ausgebaut wurden. Die durchschnittliche Auslastung in den Krankenhäusern liegt normal bei 85-95 %. Aufgrund der Anordnungen, Betten für die Behandlung von Covid bereit zu halten, sank die Auslastung auf 50-60 %. Anfang April waren von bundesweit 32.800 Intensivbetten ca. 19.600 belegt, davon 2.440 mit Covid-19-Patient*innen. Anfang Mai sah es schon ganz anders aus: bundesweit benötigten nur noch 1.987 Covid-19-Patient*innen eine Intensivbehandlung.

Es standen 13.384 Intensivbetten leer. Anfang August waren 21.888 Intensivbetten belegt, 8.737 Intensivbetten waren verfügbar.

Es ist gut, dass die Versorgung mit Intensivbetten scheinbar ausreichend war. Ein zentrales Problem bei der Finanzierung durch Fallpauschalen ist, dass leere Betten kein Geld bringen und ein Verlustgeschäft für die Krankenhäuser sind. Die Bundesregierung hatte sich aber in der Pandemie nicht dazu durchringen können, die DRG wenigstens auszusetzen, wie es auch die deutsche Krankenhausgesellschaft gefordert hatte. Spahn sagte zwar zu, die Kosten zu übernehmen, aber nur durch Ausfallzahlungen von 560 Euro für jedes freie Bett. Die Krankenhäuser beklagen, dass diese Zahlungen den Verlust bzw. die Kosten nicht ausgleichen. Das ist allerdings von Klinik zu Klinik unterschiedlich. Nach einer inzwischen erfolgten Befragung sagen 33 % der Häuser, die Ausgleichszahlungen waren deutlich geringer als die Erlösausfälle, 42 % erklären es sei tenden-

ziell geringer und nur 25 % fanden die Ausgleichszahlungen ausreichend.

Da die Finanzierung nach dem Selbstkostenprinzip nach wie vor von der Bundesregierung verweigert wird, droht die gegenwärtige Krise die Situation im Gesundheitssystem zu verschärfen. Es scheint so, dass die Regierung eine Kapazitätsbereinigung im Sinne der Leopoldina oder Bertelsmann-Stiftung nach wie vor einkalkuliert hat.

Aus gesundheitspolitischer Sicht darf aber ein System nicht aufrechterhalten werden, das längst ein Hemmschuh für eine gute Versorgung ist. Es darf nicht sein, dass die gerade noch so dringend benötigten Krankenhäuser entweder unfreiwillig pleitegehen oder durch das Festhalten der Regierung an den Fallpauschalen und durch die Planungen von Zentralkliniken geschlossen werden. Gerade hat sich gezeigt, wie dringend notwendig es ist, Krankenhausbetten für Not- und Katastrophenfälle vorrätig zu haben. Stattdessen müssen diese Reserven dauerhaft finanziert werden, einschließlich einer

ausreichenden Personalausstattung und einer Bevorratung von Schutzausrüstung. Alle Krankenhäuser müssen erhalten, und in öffentliche Trägerschaft überführt werden. Gesundheit ist keine Ware!

DIE LINKE fordert deshalb zurecht:

- Abschaffung der Fallkostenpauschalen (DRG) und Ersetzung durch bedarfsgerechte Finanzierung (Selbstkostendeckungsprinzip)
- 500 Euro mehr Gehalt für Pflegekräfte als Einstieg in bessere Bezahlung aller Beschäftigten im Gesundheitswesen
- Bedarfsgerechte Personalbemessung und jeweils 100.000 Pflegekräfte mehr in Krankenhaus und Altenpflege
- Gewinnverbot in Krankenhäusern und Rückführung von Krankenhäusern, ihren Subunternehmen und Ausgliederungen in öffentliche und gemeinnützige Hand

Volksinitiative Gesunde Krankenhäuser in NRW – für ALLE!



Was ist eine Volksinitiative?

Durch eine Volksinitiative wird der Landtag aufgefordert, sich mit einem Gegenstand der politischen Willensbildung zu befassen. Wenn 0,5% der volljährigen, in NRW wohnhaften deutschen Staatsbürger*innen – das sind gut 66.000 Personen – unterschreiben, ist sie erfolgreich.

Was fordert die Volksinitiative „Für gesunde Krankenhäuser in NRW – für ALLE!“?

Wie unser Name schon sagt, fordern wir gesunde Krankenhäuser in NRW – für ALLE!

- **patientenorientiert, barrierefrei und selbsthilfefreundlich**

Wir fordern, dass die Gesundheitsversorgung an den Bedarfen der Patient*innen und an guter Qualität orientiert werden muss. Gesundheitsversorgung ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge!

- **wohnnah und bedarfsorientiert** geplant für alle in NRW

Wir fordern eine intensive Analyse und ausreichend Zeit, um den neuen Krankenhausplan NRW zu erstellen – unter breiter Beteiligung aller Betroffenen bis 2021. Vorher darf es keine Umsetzungsschritte oder Vorfestlegungen geben, wie sie z.B. „Gutachten zur Krankenhauslandschaft NRW“ aus dem Hause Laumann nahelegt. Wir fordern den Erhalt aller Kliniken, solange eine solche Analyse nicht vorliegt.

- vollfinanziert durch das Land NRW

Wir fordern ab sofort die vollständige Refinanzierung der Investitionskosten durch das Land NRW und ein Sonderprogramm zur Behebung des Investitionsstaus von aktuell über 12,5 Mrd. Euro bis 2024. Krankenhausgebäude und deren Ausstattung zu erhalten und zu modernisieren, ist gesetzlich geregelte Aufgabe des Landes NRW!

- **mit guten Arbeitsbedingungen** für alle Beschäftigten

Wir fordern mehr Personal in den Krankenhäusern und eine gesetzliche Personalbemessung, die eine gute Versorgung für alle sicherstellt! Ausdrücklich beziehen wir uns dabei auf alle Berufsgruppen, auch über die Pflege hinaus.

- **ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen – ohne Profite!**

Wir fordern die Landesregierung als ersten Schritt dazu auf, sich über eine Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, die Fallpauschalen (DRG) abzuschaffen und Profite wieder zu verbieten.

Wer hat die Volksinitiative initiiert?

Initiiert wurde die Volksinitiative von verschiedenen Bündnissen für mehr Personal im Krankenhaus und Gesundheitswesen allgemein, für den Erhalt von Krankenhäusern und für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung, die in diversen Städten und Regionen in NRW aktiv sind, in Kooperation mit der Gewerkschaft ver.di. Die Bündnisse bestehen aus Beschäftigten im Gesundheitswesen, Patient*innen und Aktivist*innen, die seit einigen Jahren die Arbeitskämpfe der Kolleg*innen im Krankenhaus solidarisch unterstützen und daran arbeiten, das Thema dorthin

zu tragen, wo es hingehört: in die Mitte der Gesellschaft!

Der Trägerkreis – das Bündnis für ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen in NRW – setzt sich derzeit außerdem zusammen aus: Attac NRW, DIDF NRW e.V. (Föderation demokratischer Arbeitervereine), Krankenhaus statt Fabrik, Pflege am Boden NRW, SBHC – Selbsthilfegemeinschaft Spina Bifida und Hydrocephalus NRW e.V., Gesundheitsladen Köln e.V., SoVD Sozialverband Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V., Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte, Verein zur Förderung eines solidarischen und öffentlichen Gesundheitswesens NRW e.V.

Vertrauenspersonen der Volksinitiative sind Susanne Quast, Anästhesistin und Betriebsratsvorsitzende der Sana-Kliniken Düsseldorf, und Claudia Lenden, Gesundheits- und Krankenpflegerin und aktiv bei Pflege am Boden Köln.

Wie kann ich mich einbringen?

Leht einem gemeinwohlorientierten Gesundheitswesen euer Gesicht und eure Stimme: in der Öffentlichkeit, am Arbeitsplatz, in der Familie, im Freundeskreis, in der Kirche, im Verein!

Es gibt viele Möglichkeiten, die Volksinitiative aktiv zu unterstützen. Ihr könnt:

- Unterschriftensammler*in werden und/oder eine Sammelstelle einrichten,
- finanziell helfen oder
- so richtig aktiv werden: eigene Bündnisse und Aktionsgruppen initiieren oder
- gemeinsam mit uns Aktionen planen und die Öffentlichkeit über unsere Ziele informieren. Wir haben Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen und Aufgaben gegründet und es gibt Bündnisse an etlichen Orten, die sich über Verstärkung freuen.

Falls ihr Mitglied einer Organisation seid, könnt ihr die Volksinitiative gern mit eurem Namen unterstützen. Der Trägerkreis entscheidet über die Aufnahme von Organisationen in den Unterstützer*innenkreis.

Egal, für welche Option ihr euch entscheidet: Schreibt uns einfach

eine E-Mail an volksinitiative@gesunde-krankenhaeuser-nrw.de! Wir werden auf euch zukommen, sobald das Innenministerium unsere Unterschriftenliste geprüft hat und es mit der Sammlung von Unterschriften losgehen kann. Voraussichtlich wird dies Ende August der Fall sein. Am 26. August wollen wir in Düsseldorf mit einer öffentlichkeitswirksamen Aktion den Auftakt machen. Auch hierzu hoffen wir auf zahlreiche Mitstreiter*innen!

Wo erfahre ich mehr über die Volksinitiative?

Auf der Website www.gesunde-krankenhaeuser-nrw.de wird es in Kürze Hintergrundinfos zu unseren Forderungen geben. Außerdem werden dort regelmäßig Neuigkeiten veröffentlicht und ihr könnt euch in unseren Newsletter eintragen. Neben einem Leitfaden zur erfolgreichen Unterschriftensammlung – insbesondere in Zeiten der Corona-Pandemie – und der Unterschriftenliste zum Selbstausschicken wird es auch Flyer und Plakate zum Download geben sowie Materialien für Sammelstellen.



IM FALSCHEN SYSTEM RELEVANT

LIEBE NADJA, DIE EINEN MEINEN, DIE CORONA-PANDEMIE HABE DIE KRISE DES DEUTSCHEN GESUNDHEITSWESENS WIE UNTER EINEM BRENNGLAS SICHTBAR GEMACHT UND VERSCHÄRFT. ANDERE SAGEN, DAS DEUTSCHE GESUNDHEITSSYSTEM SEI DOCH VERGLEICHSWEISE GUT DURCH DIE KRISE GEKOMMEN. WAS IST RICHTIG?

NR: Beides ist richtig. Das deutsche Gesundheitssystem ist deshalb vergleichsweise gut durch die Krise gekommen, weil es nicht so viele schwerkranke Patient*innen gab und weil die Maßnahmen der physischen Distanzierung etc. gut gegriffen haben. Das hatte also nichts mit dem Gesundheitssystem zu tun. Dennoch hat sich auch die Misere des deutschen Gesundheitswesens gezeigt: Es gibt hierzulande zwar relativ viele Intensivbetten, aber wenn diese alle belegt wären mit schwer pflegebedürftigen Patient*innen, hätten wir nicht genügend Personal dafür. Die Finanzierung durch Fallpauschalen (DRG) sieht keine Vorhaltekosten vor; die Krankenhäuser bekommen nur für Patient*innen Geld, nicht für freigehaltene Betten. In einer Pandemie müssen aber Betten vorgehalten werden für die möglicherweise große Zahl an Patient*innen. Es musste schnell eine Pauschale eingeführt werden, damit

die Krankenhäuser nicht insolvent gehen. Auch dass die Beschäftigten so schlecht ausgerüstet waren mit Atemschutzmasken, mit Schutzkleidung und ähnlichem, liegt an diesem Finanzierungssystem: Es wird gespart, wo immer es geht und das heißt, es werden keine Lagerhaltungskosten bezahlt. Man verlässt sich darauf, dass Billigprodukte wie Atemschutzmasken in Billiglohnländern wie China und Indien hergestellt werden. Wenn diese Lieferketten reißen, gibt es plötzlich große Probleme. Ein weiteres Problem entsteht dadurch, dass alle Krankenhäuser in Konkurrenz zueinander stehen. In einer Pandemie und auch sonst wären im Gesundheitswesen aber Kooperation wichtig. Sie ist das Gegenteil von Konkurrenz.

DAS BÜNDNIS KRANKENHAUS STATT FABRIK HAT IM APRIL DIESES JAHR EINE AKTUALISIERTE ÜBERARBEITUNG EINER SEHR LESENSWERTEN BROSCHÜRE ZUM FALLPAUSCHALENSYSTEM UND DER ÖKONOMISIERUNG DER KRANKENHÄUSER VERÖFFENTLICHT. IHR SPRECHT EUCH – WIE AUCH DIE LINKE – FÜR DIE ABSCHAFFUNG DES FALLPAUSCHALENSYSTEMS AUS. WAS SOLL AN DEREN STELLE TRETEN?



Interview mit Nadja Rakowitz, Geschäftsführerin des Vereins demokratischer Ärztinnen und Ärzte (vdää) und Mitbegründerin von „Krankenhaus statt Fabrik“

NR: An die Stelle der DRG als Preissystem soll ein Selbstkostendeckungsprinzip treten. Das würde heißen, dass alle Kosten, die für eine bedarfsgerechte Versorgung notwendig sind, bezahlt werden. Krankenhäuser können dann weder Gewinne noch Verluste machen, was für die privaten Träger die Konsequenz hätte, dass mit einer solchen Finanzierung keine Profite mehr zu machen wären. Voraussetzung von einem Selbstkostendeckungsprinzip wäre allerdings eine dringende und auch zu demokratisierende Planung bedarfsgerechter Strukturen. Diese sollte nicht an den bislang geltenden Sektorengrenzen halt machen, sondern die Perspektive eines integrierten Gesundheitssystems haben. Selbstverständlich müsste es in einem Selbstkostendeckungsprinzip auch Kontrollmechanismen geben, die eine Verschwendung von Versicherten- oder Steuergeldern (wie wir sie aktuell im DRG-System erleben) verhindern sollte.

WIE KANN DIE ABSCHAFFUNG DES DRG-SYSTEMS UND DIE EINFÜHRUNG VON SELBSTKOSTENDECKUNG, UND BEDARFSGERECHTER FINANZIERUNG DENN ERKÄMPFT WERDEN? ES IST JA NICHT DAMIT ZU RECHNEN, DASS DIE BUNDESREGIERUNG DAS FREIWILLIG EINFÜHRT ODER PRIVATE KLINIKKONZERNE SICH DIESEN GEWINNMAXIMIERUNGSHEBEL SO MIR NICHTS DIR NICHTS AUS DER HAND NEHMEN LASSEN...

NR: Ich denke, wir sind schon mitten drin in dem Kampf. Seit die Beschäftigten der Charité 2015 für einen Tarifvertrag Entlastung gestreikt haben, gibt es eine anschwellende Bewegung in den Krankenhäusern, die ja schon erste Erfolge zeigt: Die Ausgaben für die Pflege sind schon aus den DRG herausgenommen worden und werden jetzt kostendeckend finanziert. Das war schon eine Kehrtwende der Gesundheitspolitik um 180 Grad. Corona und die oben geschilderte Misere helfen uns, die DRG weiter zu delegitimieren. Artikel in der Zeitschrift „Das Krankenhaus“ mit dem Titel „Ist das DRG-System am Ende?“ sind inzwischen keine Seltenheit mehr. Es gibt Diskussionen, weitere Bereiche aus den DRG herauszunehmen. Zuletzt war es der Vorschlag, die Kinderheilkunde anders zu finanzieren. All dies ist Resultat der kämpferischen Aktionen der Beschäftigten: Im Rahmen der Tarifbewegung Entlastung gab es z.B. in Essen und Düsseldorf wochenlange Streiks, es gab die ver.di-Aktion mit den

162.000 fehlenden Beschäftigten, den ver.di-Nachtdienstcheck etc.; es gibt in vielen Städten Bürger-Bündnisse für mehr Personal im Krankenhaus, es gab in vier Bundesländern Volksbegehren und gerade startet eine Volksinitiative in NRW. Auch in den letzten Wochen gab es viele Aktionen, Demonstrationen und offene Briefe von Belegschaften. Das ist schon eine ganze Menge und hat schon viel bewegt, aber es ist immer noch viel zu wenig. Aber die Unzufriedenheit ist besonders jetzt nach der ersten Welle von Corona-Patienten extrem hoch. Diese Unzufriedenheit müssen wir transformieren in politische widerständige Energie.

WIE SIEHST DU DIE STELLUNG VON GESUNDHEITSBESCHÄFTIGTEN DERZEIT? EINERSEITS DROHT EINE ERNEUTE WELTWEITE REZESSION, ANDERERSEITS SEHEN WIR INTERNATIONAL VERMEHRT KÄMPFE VON BESCHÄFTIGTEN IM GESUNDHEITSBEREICH. IN FRANKREICH STREIKTEN IM JUNI ZEHNTAUSENDE FÜR BESSERE BEZAHLUNG.

NR: Mit der Corona-Pandemie sind das Gesundheitswesen und die darin Beschäftigten in einer Weise in den Fokus der gesellschaftlichen Debatten gerückt, wie ich es noch nie erlebt habe. Von ver.di wird der Slogan propagiert: Wir sind systemrelevant. Von den linken, kritischen ver.di-Organisierten wird der Slogan geringfügig aber grundsätzlich geändert in: Wir sind im falschen System relevant. Wenn hierzulande die Beschäftigten für bessere Arbeitsbedingungen streiken und auf die Straße gehen, dann haben sie schon vor Corona mehr thematisiert als nur eine bessere Entlohnung. Sie haben die Ökonomisierung des Gesundheitswesens und die daraus resultierenden schlechten Arbeitsbedingungen kritisiert. Diese wollen sie ändern; sie sind gegen Privatisierung und Profitmacherei. Wir sollten versuchen, uns hier international zusammenzuschließen, denn ähnliche Anliegen gibt es in vielen Ländern Europas und darüber hinaus. Das ist aber nicht so einfach, zumal wenn jetzt eine Weltwirtschaftskrise kommt. Für Deutschland wäre es jetzt zentral, eine solidarische Bürgerversicherung auf die Agenda zu setzen und den hierzulande existierenden Reichtum mehr an der Finanzierung des Gesundheitswesens zu beteiligen.

IN DER GESELLSCHAFT GIBT ES DERZEIT EINE BREITE ZUSTIMMUNG ZU EINER VERBESSERUNG

DER ARBEITSBEDINGUNGEN UND PERSONALSITUATION IN DER PFLEGE. WIE KANN DAS DERZEIT EXISTIERENDE ZEITFENSTER EFFEKTIV VON GEWERKSCHAFTEN, DER LINKEN UND SOZIALEN AKTEUREN WIE KRANKENHAUS STATT FABRIK GENUTZT WERDEN, UM HÖHERE LÖHNE UND EINE BEENDIGUNG DES PFLEGENOTSTANDS ZU ERKÄMPFEN?

NR: Die Erfahrung der letzten fünf Jahre hat meines Erachtens gezeigt, dass Druck auf die Politik entsteht, wenn sich Streiks und betriebliche und gewerkschaftliche Aktionen von Beschäftigten verbinden mit Protesten der Bevölkerung wie sie sich in den Volksbegehren in den Bündnissen für mehr Personal etc., in dem olympischen Brief artikuliert haben. Das müssen wir weiter treiben und verbreiten.

IMMER MEHR BEREICHE DER KRANKENHÄUSER WURDEN IN DEN LETZTEN JAHREN OUTSOURCET MIT DEM ZIEL, DIE LÖHNE ZU SENKEN. AUCH IN DIESEN BEREICHEN REGT SICH WIDERSTAND WIE BEI DEN BESCHÄFTIGTEN DER CFM (CHARITÉ FACILITY MANAGEMENT) IN BERLIN. WIE KANN ES GELINGEN, DAS OUTSOURCING RÜCKGÄNGIG ZU MACHEN UND DAS THEMA REKOMMUNALISIERUNG VON KRANKENHÄUSERN STÄRKER AUF DIE AGENDA ZU SETZEN?

NR: Mir scheint der Zeitpunkt gekommen, an dem wir die Verbindung zu anderen Themen der Daseinsvorsorge knüpfen sollten: Wer hätte gedacht, dass es in Deutschland eine nicht nur in linksradikalen Kreisen geführte Debatte geben würde über die Enteignung von Immobilien-Konzernen? Ich bin mir sicher, dass wir eine ähnliche Debatte und Bewegung im Gang bringen könnten zur Frage von privaten Konzernen im Gesundheitswesen – sei es in den Krankenhäusern oder auch zunehmend in der ambulanten Versorgung. Als Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte wollen wir diese Frage offensiv in die Debatte einbringen; wir halten den historischen Zeitpunkt für günstig.

Das Interview führte Lucy Redler.



FRAUEN ZURÜCK AN DEN HERD?

Von Ingrid Jost

„Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“ steht im Artikel 3 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. 1994 wurde der zweite Absatz des Artikels 3 ergänzt. Seitdem ist es Aufgabe des Staates, für tatsächliche Gleichberechtigung zu sorgen. Ein Blick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse vor der Covid-19-Pandemie macht deutlich, dass nach wie vor die Spitzenwerte im Vergleich mit anderen Ländern eher in der Ungleichbehandlung erzielt werden und dringender Handlungsbedarf besteht. In der Pandemie wird offenkundig, dass viele Frauen „systemtragend“ sind, obwohl sie unterbewertet und unterbezahlt sind.

Rollback in der Krise

Die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, Professorin Jutta Allmendinger, hat sich mit den Folgen der Corona-Krise für Familien befasst und festgestellt, dass diese überwiegend zu Lasten der Frauen gehen, weil die ganze Infrastruktur für die Kinder und ihre Familien weggebrochen ist. In der Regel sind es die Frauen, die jetzt neben der Erwerbsarbeit und der Hausarbeit für viele Wochen das Lehren und Anleiten allein übernehmen und in die Lücke springen, weil das Treffen mit Freunden und Spielkameraden nicht stattfinden kann und Vereine geschlossen sind. Die ergriffenen Maßnahmen machen deutlich, dass Familie in Krisenzeiten nicht

unbedingt das vorrangige Thema der Politik ist und Kinderbetreuung nicht in erster Linie als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gesehen wird. So fühlen sich Mütter zurückgeworfen in alte Rollenmuster und in Zeiten, von denen Frauen glaubten, dass sie zumindest teilweise überwunden worden seien, zumal sie im Bildungsbereich längst gleichgezogen haben. Nun dürfen sie wieder neben „dem bisschen Haushalt“, die Kinder betreuen, beschulen und bespaßen und zusätzlich der Erwerbstätigkeit nachgehen, wofür die Frauen immerhin seit Juli 1977 nicht mehr die Erlaubnis ihrer Ehemänner brauchen.

Überhaupt keine Erfolgsgeschichte ist die gerechte Verteilung von Arbeitszeit und die partnerschaftliche Verteilung der Care- und Sorgearbeit. Erst wenn es selbstverständlich ist, dass Männer und Frauen sich gleichermaßen beteiligen, wird sich das ändern, die alleinige Forderung nach gleicher Bezahlung wird's nicht richten. Allerdings ist es sehr wohl möglich, dass eine paritätische Beteiligung an Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen dazu beitragen kann, dass solche eine skandalöse Benachteiligung von Frauen bereits im Vorfeld unterbunden werden kann. Bedauerlicherweise hat der Thüringer Verfassungsgerichtshof das Paritätsgesetz gekippt und damit das Recht der Parteien höher angesiedelt, selbst zu bestimmen, welche Kandidat*innen sie aufstellt. So hat die AfD mit ihrer Klage erfolgreich verhindert, dass sichergestellt wird, dass die Interessen der rund 41 Millionen Frauen in Deutsch-



*Ingrid Jost ist Mitglied des Landesvorstands NRW und Mitglied der Bundessprecher*innenräte von Lisa sowie der AKL*

land zumindest hälftig durch Frauen vertreten werden, statt z.B. durch einen Frauenanteil von 31,2 % im Bundestag. In Deutschland leben zwei Millionen mehr Frauen als Männer (Stand 2019), die ihre Kräfte bündeln sollten, um die patriarchalen Strukturen zu zerstören. Es bleibt zu hoffen, dass sich alle Frauen zumindest anlässlich der nächsten Bundestagswahl gebührend bei der AfD bedanken werden.

Im Umgang mit der Covid-19-Pandemie spielte das Thema „Gewalt“ während des Lockdown keine herausragende Rolle, obwohl zahlreiche Expert*innen vor der Zunahme häuslicher Gewalt warnten, so auch Saskia Etzold, die stellvertretende ärztliche Leiterin der Gewaltschutzambulanz an der Berliner Charité. Die Zahlen für Berlin gingen im März um 24% und im April um 15% zurück im Vergleich zu den Vorjahresmonaten, weil die Opfer sich nicht traute zu kommen, wenn der Gewalttäter zu Hause ist.

In diesen ersten Lockdown-Monaten waren die Verletzungen und Brüche deutlich schwerer als üblicherweise – verursacht durch Tritte und Schläge, Würgen, Beißen und Erstickungsversuche, die zur Anzeige gebracht worden sind, allerdings in der Regel nur dann, wenn die Opfer selbst die Polizei um Hilfe gebeten hatten. Deshalb dürfte die Dunkelziffer ausgesprochen hoch sein. Von Gewalt betroffene Kinder seien mit Gürteln, Kabeln und Stöcken verprügelt worden und hätten teilweise erstmals selbst die Polizei telefonisch um Hilfe gebeten. Während des Lockdowns waren Schulen und Kitas als Kontrollinstanz weggefallen, die bei Auffälligkeiten das Jugendamt eingeschaltet haben.

Mit zunehmender Lockerung zeichnete die Gewaltschutzambulanz im Juni einen Anstieg um 30 % der Hilfesuchenden im Vergleich zum Juni 2019 und im Vergleichshalbjahr auf 8%. Den größten Anstieg gab es bei der Zahl der Kindesmisshandlungen mit 23 %. Die Zahlen dürften im bundesweiten Vergleich ähnlich sein und der Schutz der Kinder muss Vorrang haben bei zukünftigen politischen Entscheidungen.

Schon lange vor der Corona-Krise waren die Frauenhäuser völlig unzureichend finanziert und mit viel zu wenigen Unterbringungsmöglichkeiten ausgestattet. Sie befinden sich seit langem in einer Dauerkrise, von Bewilligungszeitraum zu Bewilligungszeitraum müssen sie um den Fortbestand und weitere Plätze kämpfen. Möglicherweise wer-

den auch sie zu denjenigen gehören, die wegen der Krise mit Einschränkungen zu rechnen haben, weil die Regierung mit hohen Milliardenbeträgen aktuell „die Wirtschaft“ rettet, ohne festzuschreiben, dass dafür Arbeitsplätze gesichert werden und wer am Ende die Zeche bezahlt für die großzügigen Hilfen, von denen eher die Großkonzerne wie z.B. die Lufthansa profitieren, die weltweit einen Abbau von 22.000 Vollzeitstellen ankündigen. Mini-Jobberinnen und Hartz IV-Haushalte dagegen werden im Regen stehen gelassen und noch nicht einmal die Corona-bedingten Mehrkosten aufgefangen.

Auf der Strecke geblieben sind besonders viele Frauen, die in geringfügiger Beschäftigung gearbeitet haben, für sie gelten die Kurzarbeitsregelungen nicht. Darunter sind auch viele Alleinerziehende, Künstler*innen und Soloselbstständige, die jetzt neben der Kinderbetreuung, dem Haushalt und dem Homeschooling auch noch mit Existenzsorgen kämpfen müssen. Lediglich 25 % der Frauen arbeiten im Homeoffice mit geringen oder keinen Lohneinbußen, haben allerdings teilweise, neben familiären Schwierigkeiten, Probleme mit den technischen und räumlichen Voraussetzungen für eine reibungslose Homeoffice-Tätigkeit.

Die Mehrheit der Frauen arbeitet in Bereichen, in denen sie präsent sein müssen, wie z.B. in der Kranken- und Altenpflege, an den Theken, Regalen und Kassen in den Supermärkten und in der Kinderbetreuung.

Kranken- und Altenpflege

In der Covid-19 Pandemie hat es sich offenbart, dass in den systemrelevanten Bereichen ca. 75 % Frauen arbeiten. Sie arbeiten als Ärztinnen, Kranken- und Altenpflegerinnen und kümmern sich um die am Corona-Virus Erkrankten, mit dem Risiko konfrontiert, sich selbst zu infizieren, wie z.B. die Covid-19-Hotspots in den Altenheimen belegen. Im April 2020 waren Recherchen des ARD-Magazins FAKT zufolge bundesweit mindestens 520 Pflegeheime betroffen mit rasant steigender Tendenz. Im Pflegeheim Sankt Monika in Sankt Augustin infizierten sich 37 von 70 Bewohnerinnen und Bewohner des Pflegeheims aber auch 38 Pflegekräfte, deren Quarantäne wegen des Pflegekräftemangels von 14 auf 7 Tage verkürzt worden ist. Die Heimlei-

tung folgte mit dieser Maßnahme einer Empfehlung des Präsidenten des Robert-Koch-Instituts Lothar Wieler vom 23.03. 2020 : „Medizinisches Personal muss künftig nach engem ungeschützten Kontakt zu COVID-19-Erkrankten nicht mehr so lange in Quarantäne und darf bei dringendem Bedarf in Klinik oder Praxis arbeiten, solange keine Symptome auftreten“. Ungeschützt dürfte wohl auch deshalb die richtige Wortwahl sein, weil zahlreiche Kliniken, Altenheime und Pflegestationen eine Weile ohne die geeignete Schutzkleidung arbeiten mussten und Masken, soweit vorhanden, länger tragen sollten, als vom Hersteller empfohlen.

Selten erwähnt wurden auch die vielen unsichtbaren Heldinnen des Alltags, die still und unerwähnt ihre Arbeit verrichteten und verrichten. Auch hier sind es überwiegend Frauen, die in zahlreichen ausgelagerten und privatisierten Putzdiensten zum Niedriglohn mit einem viel zu niedrigem Zeitbudget hygienische Bedingungen herstellen sollen.

Im Pflegebereich wurde durch die Covid-19-Arbeitszeitverordnung das Arbeitszeitgesetz teilweise außer Kraft gesetzt, indem sie in der kritischen Infrastruktur unter anderem eine Ausweitung der Arbeitszeit auf bis zu zwölf Stunden verlängert und die Ruhezeiten auf bis zu neun Stunden verkürzt, obwohl die Pflegekräfte bereits durch die reguläre Arbeit in Schutzkleidung und Maske an ihre Belastungsgrenze geraten sind.

Längst vergessen ist auch ein Feldversuch mit ordnungsgemäßer Hygiene nach Vorschrift, bei dem das Personal bereits nach gut zwei Stunden so im Verzug war, dass die Patientinnen und Patienten nicht mehr in der dafür vorgesehenen Zeit versorgt werden konnten. Der Feldversuch musste abgebrochen werden. Die verantwortungslose Arbeitsverdichtung zugunsten der Profitorientierung existierte also bereits vor der Covid-19-Pandemie.

In den Supermärkten sind es die Kassiererinnen, die, so Angela Merkel, „den Laden am Laufen halten“, wenn sich die beunruhigten Kundinnen und Kunden mit Toilettenpapier, Nudeln, Kartoffeln und Reis eindecken. Wie werden diese „Heldinnen des Alltags“ wohl klarkommen, wenn die Arbeitsplätze durch die Digitalisierung wegfallen?

Dann sind da noch die Erzieher*innen, die sich um die Kinder der Eltern kümmern, die in systemrelevanten Be-

rufen arbeiten, während Schule und Kitas geschlossen sind.

Sie alle tragen ein System, das sie schlechter bezahlt, weil sie in frauentypischen Berufen arbeiten und doch sind sie es, die in Krisenzeiten „den Laden am Laufen halten“. Ihnen wird als „Heldinnen des Alltags“ applaudiert und sie erhalten teilweise Boni, die dauerhaft nichts an der gesellschaftlichen Unterbewertung und Unterbezahlung frauentypischer Tätigkeiten ändert.

Die Einführung der Digitalisierung mit der Brechstange

Der Lockdown während der Covid-19-Pandemie hat zu einer beschleunigten Umstellung auf die Digitalisierung geführt, mit entsprechenden Fehlentwicklungen, weil die persönli-

„Frauen, die nichts fordern, werden beim Wort genommen – sie bekommen nichts.“

SIMONE DE BEAUVOIR

chen Voraussetzungen sowie die technischen und institutionellen Rahmenbedingungen noch nicht so sind, dass alle „mitgenommen“ werden können. Ein Bürger*innenservice, der nur online Termine vergibt, ist ein Ärgernis, wenn die Hilfesuchenden weder über einen Online-Anschluss noch über ein Smartphone verfügen oder es sich überhaupt nicht leisten können, was noch bei vielen älteren und so manchem jüngeren Mitmenschen der Fall ist.

In den Schulen werden Lehrerinnen und Lehrer mit der Aufgabe betraut, ad hoc den Unterricht als online-Angebot zu konzipieren und anzubieten, obwohl zumindest ein Teil des Personals zunächst einmal selbst eine Schulung brauchen würde. Die technischen Voraussetzungen in den Schulen sind ebenfalls sehr unterschiedlich und dementsprechend vertiefen sich auch die Unterschiede zwischen den Schulen. Die Vertiefung der Chancenungleichheit zwischen den Schülerinnen und Schülern ist ebenfalls bereits dokumentiert worden, die einen verfügen über die optimalen technischen Voraussetzungen und eine sichere Routine im Umgang mit den Endgeräten und andere noch nicht einmal über einen Internet-Zugang, einen eigenen Schreibtisch oder gar ein eigenes Zimmer. Bedenkt man

dazu auch noch die unterschiedlichen Bildungsabschlüsse der Eltern, so sind die Folgen für die schulische Weiterentwicklung der Kinder absehbar und es ist dringend erforderlich, die entsprechenden Gegenmaßnahmen zu ergreifen und diese angemessen zu finanzieren.

Grundsätzlich bietet die „Plattformisierung“ als neuer Form der Arbeitsteilung bzw. Arbeitsorganisation eine Chance zur beruflichen Integration von Frauen, allerdings auch verbunden mit zahlreichen Risiken, denn die „schein“-selbstständigen Mitarbeiter*innen sind nicht mehr eingebunden in betriebliche Strukturen, sondern verrichten ohne Teamstrukturen eine Tätigkeit, die der Betrieb in eine Cloud ausgelagert hat. Das Arbeitsverhältnis Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen wird abgelöst durch Auftraggeber*in und Auftragnehmer*in, ein Gewinn für die Arbeitgeber*innen,

deren Risiken für die Ausführung der Aufträge jetzt bei den Auftragnehmer*innen liegen.

Das Homeoffice mit selbstbestimmten Arbeitszeiten ist zwar eine Möglichkeit, die Schere der Arbeitszeiten zwischen Männern und Frauen etwas weiter zu schließen, Frauen könnten profitieren von der Abkehr von der Präsenzkultur im Hinblick auf die Integration in den Arbeitsmarkt. Fraglich ist jedoch, ob sie wegen der aktuellen gesellschaftlichen Gegebenheiten auch davon leben können. Arbeit im Zusammenhang mit der „Plattformisierung“, wird bestimmt durch zu erbringende Ziele und Ergebnisse, die Arbeitszeit wird irrelevant. Die Risiken für ungeplante Mehrarbeit tragen die Arbeitnehmer*innen, die noch dazu selbstständig sind, für Krankenversicherung und Rente selbst sorgen müssen. Es existiert noch immer keine geschlechtergerechte Arbeitsbewertung und keine paritätische Beteiligung an der beruflichen Weiterbildung. Die arbeitsrechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind nach wie vor mangelhaft und die gesundheitlichen Implikationen wie Arbeitsverdichtung und Arbeitsintensivierung und Entgrenzung der Arbeit sind mit hohen Risiken verbunden. Arbeitsverdichtung und –

Intensivierung hat es auch bereits vor der Covid-19-Pandemie gegeben, die fehlende Rücksichtnahme vor physischer und psychischer Überforderung ebenfalls.

Sollten sich die arbeitsrechtlichen Standards nicht grundlegend verbessern, wird die Digitalisierung lediglich für einen geringeren Teil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine gute finanzielle berufliche Chance bieten, für den Großteil der Frauen und auch Männer jedoch besteht die Gefahr, dass auf sie prekäre „Heim-Arbeitsplätze“ mit Armutsgarantie bis ans Ende ihres Arbeitslebens warten.

Frauen zurück an den Herd?

Ja, selbstverständlich kehren die Frauen zurück an den Herd, aber nur, um die nötigen Utensilien für lautstarke internationale Frauenproteste und Streiks zu holen, weil die „Leistungsträgerinnen in der Krise“ es leid sind, „den Laden am Laufen zu halten“ und danach wieder in die zweite Reihe zu treten und so kämpfen sie für eine Gesellschaft:

- die gewaltfrei ist und sich die Menschen die radikal gekürzte Erwerbsarbeit und die Haus- und Familienarbeit gerecht aufteilen
- in der die Ungleichbezahlung gesetzlich verboten ist und der gesetzliche Mindestlohn auch bei reduzierter Arbeitszeit vor Armut schützt
- in der auch im Alter jeder Mensch finanziell angemessen versorgt ist und die Gesundheits- und Altenpflege ausreichend finanziert sind und mit mehr Personal erfolgt
- in der das Recht auf eine Wohnung für alle Menschen umgesetzt ist
- in der jeder Mensch genug Zeit hat, sich weiterzubilden, gesellschaftlich und politisch zu engagieren und zu entspannen
- in der Lebensqualität und eine gesunde Umwelt für alle wichtiger sind, als exorbitante Gewinne für wenige

KLASSEN POLITIK IN DER KRISE

Von Jürgen Aust



*Jürgen Aust ist im Landesvorstand DIE LINKE.NRW zuständig für Arbeitsmarktpolitik und Mitglied im Bundessprecher*innen-Rat der AKL*

Die Diagnose lässt keinen Zweifel aufkommen: nicht nur die deutsche, sondern die Wirtschaft weltweit erlebt aktuell den größten Einbruch in der Nachkriegsgeschichte. War bereits in der sog. Finanzmarktkrise 2008/09 die Rede von einer historischen Krise, stellt die aktuelle „Corona-Krise“ alles bisher Dagewesene in den Schatten. Vergleiche mit der 1929 ausgebrochenen Weltwirtschaftskrise werden laut, die damals allein in Deutschland zu mehr als sechs Millionen Arbeitslosen führte und der Anfang für den Aufstieg des Hitlerfaschismus war. Auch wenn wir in Deutschland davon weit entfernt sind, ist die aktuelle Krise für die herrschende Klasse ein willkommener Anlass zur weiteren autoritären Formierung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Die Wirtschaftskrise als Ausdruck eines Systemversagens

Die steigende Massenarbeitslosigkeit und das Ausmaß von Kurzarbeit in einer bisher noch nie erreichten Höhe beweisen einmal mehr, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem und die von ihm abhängigen politischen Akteure kein Interesse daran haben,

die abhängig Beschäftigten sowie die erwerbslosen Menschen vor einem finanziellen Absturz zu schützen. So enthielt das bereits am 08. März 2020 von der Bundesregierung beschlossene Rettungsprogramm in einer nahezu astronomischen Höhe von 750 Mrd. Euro überwiegend Finanzhilfen für die deutsche Großindustrie in Höhe von 600 Mrd. Euro („Wirtschaftsstabilisierungsfonds“), während die mittlere Bourgeoisie mit 50 Mrd. Euro abgespeist wurde (Kleinbetriebe sowie Solo-Selbständige) und die Arbeiterklasse einmal mehr völlig leer ausging.

Die Arbeiterklasse trägt mit ca. 4 Mio. tatsächlich erwerbslosen Menschen (offizielle Arbeitslosenzahl plus sog. Unterbeschäftigung) und aktuell ca. 5,5 Mio. Kurzarbeiter*innen (Stand Mitte August 2020) einmal mehr die Hauptlast der aktuellen Krise. Eine vergleichbar hohe Arbeitslosigkeit war Anfang 2000 für die SPD der wesentliche Grund, die vorhandenen Sozialsysteme radikal zu verändern, womit u.a. eine drastische Rentenkürzung, die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse und die Einführung des Hartz IV-Systems verbunden waren. Mit Unterstützung der neoliberalen Medien von BILD bis zur Tagesschau gelingt es jedoch Monat für Monat, der Öffentlichkeit deut-

lich manipulierte Arbeitslosenzahlen zu präsentieren, die nach offizieller Lesart dann „nur“ noch 2,9 Mio. (2.910.008 Mio. im Juli 2020) betragen. Berücksichtigt man aber zu den 4 Mio. Arbeitslosen noch zusätzlich die sog. „verdeckte“ Arbeitslosigkeit, also diejenigen, die zwar erwerbslos sind, aber sich bei der Arbeitsagentur aus den unterschiedlichsten Gründen nicht als arbeitslos gemeldet haben, in Höhe von ca. 1 Mio. Personen, dann muss realistischere Weise von einer Größenordnung von ca. 5 Mio. erwerbslosen Menschen in Deutschland aktuell ausgegangen werden.

Auch wenn die „Kurzarbeit“ eine größere Entlassungswelle verhindert hat, ist deren Durchführung für die davon Betroffenen mit massiven Einkommensverlusten verbunden. Die in den ersten drei Monaten gezahlten 60% des letzten Nettoeinkommens bedeuten für die Masse der Beschäftigten massive Einkommensverluste, was an folgendem Beispiel deutlich wird: wer als Alleinstehende/r ca. 2.400 brutto verdient, hat sogar noch einen aufstockenden Anspruch auf Hartz IV-Leistungen. Der herrschenden Propaganda gelingt es jedoch, die Kurzarbeit als besondere Segnung des deutschen Sozialstaats darzustellen, obwohl in zahlreichen EU-Ländern ein deutlich höheres Kurzarbeitergeld gezahlt wird, so z.B. in Dänemark oder Norwegen bis zu 100% des Lohnausfalls und auch Frankreich und Italien liegen mit einem Kurzarbeitergeld von 80% noch erheblich höher als Deutschland. Aber es ist vor allem Geld, was zuvor von den Löhnen im Rahmen der Arbeitslosenversicherung einbehalten wird. Die finanzielle (Teil-) Absicherung bezahlen die Beschäftigten demnach aus eigenen Mitteln, was gleichzeitig mit einer gigantischen Entlastung der Arbeitgeberseite verbunden ist, denn diese sind über einen längeren Zeitraum (es sei denn, sie zahlen aufstockende Leistungen zum Kurzarbeitergeld) von der Lohnzahlung befreit.

Für die deutschen Großkonzerne ist die Corona-Krise ein willkommener Anlass, groß dimensionierte Entlassungen anzukündigen und diese als alternativlos erscheinen zu lassen. Insbesondere die deutsche Autoindustrie ist fest entschlossen, die Gunst der Stunde zu nutzen, um sich von „überflüssigen“ Kosten zu befreien: Daimler will sich von ca. 15.000 Beschäftigten trennen, der Zulieferer ZF stellt allein 10.000 Stellen auf den Prüfstand. Aber auch

die deutsche Bahn will sich von 10.000 Beschäftigten verabschieden, bei der Lufthansa sollen es weltweit 22.000 Stellen sein, wovon sogar ca. 1.000 Führungsstellen betroffen sind. Dieser beispielhafte Stellenabbau wird die Arbeitslosigkeit schätzungsweise um ca. 150.000 bis 200.000 ausweiten und die befürchtete Insolvenzwelle ist dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

Dass es sich um ein Systemversagen eines kapitalistischen Wirtschaftssystems handelt, wird allein dadurch mehr als deutlich, dass der gesamte Öffentliche Dienst von Arbeitsplatzabbau und Lohn- bzw. Gehaltskürzungen völlig verschont geblieben ist. Sämtliche Bedienstete brauchten sich um die Absicherung ihrer Existenz keinerlei Sorgen machen. Allein dieser Bezug auf den Öffentlichen Dienst ist doch ein durchschlagender Beleg dafür, dass die Gewerkschaften und die Linke insgesamt sich in einem viel stärkerem Ausmaß als bisher für die Vergesellschaftung zentraler Wirtschaftsbereiche und der öffentlichen Daseinsvorsorge einsetzen muss, da in jedem privatwirtschaftlich verfassten Wirtschaftssystem ständig Millionen von Beschäftigten sich gewissermaßen auf einem Schleudersitz befinden und sie nicht wissen, ob sie im nächsten Jahr noch die Raten des neuen Autos oder aber die Kosten für den nächsten Familienurlaub aufbringen können. Diese Erkenntnis hat sich inzwischen auch bei zahlreichen Kommentatoren der Krise durchgesetzt. So stellt der Sozialwissenschaftler Christoph Butterwegge zurecht fest: „Wenn das Infektions-, Krankheits- und Sterblichkeitsrisiko in und nach der Covid-19-Pandemie nicht mehr zentral von den jeweiligen Ressourcen abhängen soll, muss das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem grundlegend verändert werden.“

Die Herrschenden setzen auf eine Verschärfung der gesellschaftlichen Spaltung, doch der notwendige gewerkschaftliche und linke Widerstand bleibt aus

Der Widerspruch des Narrativs der herrschenden Klasse könnte nicht absurder sein: während das politische und mediale Trommelfeuer unablässig suggeriert, das „wir“ nur gemeinsam durch die Krise kommen und dieser Eti-

kettenschwindel sogar auch von Teilen der Linkspartei mitgetragen wird, zeigen der monströse Personalabbau oder der Umstand, dass Millionen von abhängig Beschäftigten und erwerbslosen ohne jegliche finanzielle Unterstützung bleiben, dass die Zusammenhaltspakete nichts anderes sind als ein groß angelegtes Propagandamanöver, mit dem die Betroffenen ruhig gestellt und vom Widerstand abgehalten werden sollen.

Die deutschen Gewerkschaften spielen in dieser monumentalen Krise einmal mehr eine sehr widersprüchliche Rolle. Sämtliche Gewerkschaftsspitzen waren nach Verabschiedung des ersten Konjunkturpakets in Höhe von 750 Mrd. Euro bemüht, der Bundesregierung Handlungsfähigkeit und Weitblick zu attestieren. So erklärte der verdi-Vorsitzende, Frank Werneke, dass die „jetzt beschlossenen Maßnahmen insgesamt wichtig für die Konjunktur (sind), das ist positiv.“ Und das gewerkschaftsnahe Wirtschaftsinstitut IMK attestierte mit der nahezu staatstragenden Feststellung „Die entschlossene Reaktion von Bundesregierung, EU und EZB hat Schlimmeres verhindert.“ Dass das gesamte Paket von einem deutlichen Klassencharakter geprägt war, davon leider kein Wort. Aus gewerkschaftlicher Sicht war man bemüht, im klassischen sozialpartnerschaftlichen Tenor Solidarität und Zusammenhalt zu beschwören, obwohl die Großkonzerne zum selben Zeitpunkt bereits ihre groß dimensionierten Massenentlassungen in der Schublade hatten. Diese hatten auch nicht in erster Linie etwas mit der Corona-Krise zu tun, sondern waren bereits im Herbst 2019 angesichts einer sich anbahnenden Rezession angekündigt, so u.a. 6.000 bei Thyssen-Krupp, 9.500 bei Audi, 10.000 bei Daimler-Benz, 10.000 bei VW oder 7.000 bei Schaeffler-Continental und diese Liste ließe sich noch beliebig fortsetzen. In zahlreichen Fällen hatten bereits 2019 sog. Sozialplan-Verhandlungen stattgefunden und die in diesen Fällen beteiligte IG Metall verkündete anschließend, man habe eine Arbeitsplatzsicherheitsgarantie (z.B. bei Audi) vereinbaren können, obwohl jeweils der Vernichtung von tausenden von Arbeitsplätzen zugestimmt wurde. Als Beruhigungsspiel wurde den betroffenen Belegschaften verkauft, dass man aber doch betriebsbedingte Kündigungen dadurch abwenden konnte. Dass das Hauptinteresse des Kapitals, die Vernichtung von Tausenden von Arbeitsplätzen,

bei diesem Deal weitgehend aufging, scheint für die Gewerkschaften bzw. ihre Verhandlungsführungen dann kein Thema mehr zu sein, denn man hat ja angeblich das Schlimmste verhindern können. Der massenhafte finanzielle Absturz und die Aussicht, demnächst im Hartz IV-System zu landen, ist dann eher ein Kollateralschaden, für den man aber dann auch nicht mehr verantwortlich ist.

Wie könnte denn eine kämpferische Strategie mit mobilisierbaren Forderungen aussehen?

Wenn die nach der Ankündigung eines Konzerns, zum Personalabbau „leider gezwungen“ zu sein, zunächst lautstark verkündete gewerkschaftliche Parole „Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz“ tatsächlich Sinn machen sollte, dann müsste diese aber auch damit verbunden sein, diese Kampfansage ernst zu nehmen und nicht mitten im Kampf die Waffen zu strecken. Es müsste doch zunächst einmal der Belegschaft vermittelt werden, dass der aktuellen Entlassungsabsicht des Konzerns bereits zahlreiche Entlas-

sungswellen in den letzten Jahren vorausgingen und dass dies auch nicht der letzte Personalabbau sein wird, weil das Hauptinteresse des Kapitals, den „Ertrag“ des Unternehmens beständig auf Kosten der Arbeitsplätze, der Löhne und der Arbeitsbedingungen zu steigern, gewissermaßen zur DNA des kapitalistischen Wirtschaftssystems gehört. Wenn diese Erkenntnis den Belegschaften nicht immer wieder vermittelt wird, dann passiert genau das, was bei jedem Arbeitskampf eine zentrale Legitimationsgrundlage für die Konzernführung spielt, nämlich dass der Abbau von tausenden von Arbeitsplätzen zum Erhalt des Standorts angeblich alternativlos sei und die Sicherung von einem Teil der vorhandenen Stellen um den Preis der Vernichtung einer großen Zahl von Arbeitsplätzen erkaufte wird.

Es hätte sich deshalb zu Beginn der Corona-Krise und der erwartbaren Vernichtung von Arbeitsplätzen in großem Umfang für die Einzelgewerkschaften und insbesondere auch den DGB nahezu aufgedrängt, ohne Wenn und Aber jeglicher Entlassung den Kampf anzusagen, was angesichts des gigantischen Konjunkturpakets mit einem entsprechenden größeren Einzelposten doch ohne weiteres in Form eines zunächst

auf sechs Monate bemessenen Moratoriums möglich gewesen wäre. Auch wenn eine linke Position sich grundsätzlich einer staatlichen Subventionierung des Privatkapitals verweigern sollte, wäre eine kurzfristige Übernahme der Lohnkosten für einen begrenzten Zeitraum aber die einzige Lösung zur Rettung von hunderten von Arbeitsplätzen gewesen. Auch das „Kurzarbeitergeld“ hätte grundsätzlich auf 100% des bisherigen durchschnittlichen Nettolohnes aufgestockt werden müssen, um die angesichts des unzureichenden Kurzarbeitergeldes eintretenden massiven Einkommensverluste zu verhindern. Und es hätte sich außerdem insbesondere aufgedrängt, eine breite Kampagne für die ca. 7 Mio. (!) Sozialleistungsempfänger*innen zu starten, um die Bundesregierung zu zwingen, diesen mit einem deutlich höheren Regelsatz von z.B. 600 Euro dabei zu helfen, ihre tägliche Verelendungssituation etwas zu lindern. Doch alles das ist leider nicht passiert, weil die wohlfeilen, aber blutarmen Parolen von „Solidarität und Zusammenhalt“ alles andere im Interesse des „Großen und Ganzen“ in den Hintergrund gerückt haben.



Foto: Neil Cummings (CC BY SA 2.0)

RASSISMUS DEN BODEN ENTZIEHEN!

Der Polizeimord an George Floyd am 25. Mai 2020 in Minneapolis war nicht der erste dieser Art. Aber er löste eine Bewegung aus, die die Vereinigten Staaten nachhaltig erschüttert hat und auch weltweit zu Massenprotesten führte. Auch in Berlin und anderen deutschen Städten demonstrierten Zehntausende. Nicht nur unter Linken wird seitdem verstärkt über staatlichen Rassismus, Polizeigewalt, die Rolle der Polizei im kapitalistischen Staat und die Herausforderungen für die antirassistische Bewegung debattiert.

Von Sascha Staničić



Sascha Staničić ist (Co-)Autor der Bücher „Anti-Sarrazin. Argumente gegen Rassismus, Islamfeindlichkeit und Sozialdarwinismus“ und „Brandstifter – AfD. PEGIDA. Islamhass.“

Rassistische Polizeigewalt und -morde sind in den USA an der Tagesordnung. Sie sind Ausdruck eines zutiefst rassistischen kapitalistischen Systems und einer Geschichte der Sklaverei und sogenannten „Rassentrennung“ bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Als die SPD-Vorsitzende Saskia Esken darauf hinwies, dass es auch in der deutschen Polizei ein latentes Rassismusproblem gebe, wurde von allen Seiten über sie hergefallen. Skandalöserweise auch vom LINKE-Fraktionsvorsitzenden Dietmar Bartsch, der sich gegen einen „Generalverdacht“ gegenüber Polizist*innen aussprach. Gerne wird von denen, die die deutsche Polizei in Schutz nehmen, darauf hingewiesen, dass die Verhältnisse hier nicht mit denen in den USA gleichzusetzen sind. Das mag sein, bedeutet aber nicht, dass es keinen verbreiteten Rassismus in der Polizei gibt.

Was ganz sicher nicht stimmt, ist, dass die Polizei einen Querschnitt der Gesellschaft abbildet, wie immer wieder behauptet wird. Wo bitte sind denn dann die linksradikalen Netzwerke unter Polizist*innen? Rechtsextreme Netzwerke scheint es zu Hauf zu geben – vom Kommando Spezialkräfte (KSK) bis in die Polizeiamter in Hessen und Berlin-Neukölln, wo Daten abgefragt wurden, die dann zur Versendung faschistischer Drohschreiben verwendet wurden.

Für Migrant*innen und Menschen mit dunkler Hautfarbe ist es nichts Neues, aber in der breiteren Öffentlichkeit hat die Wahrnehmung rassistischer Polizeigewalt in der Bundesrepublik seit

dem Mord an George Floyd zugenommen. Immer häufiger tauchen Videos von polizeilichen Übergriffen gegen junge Migrant*innen auf – zuletzt aus Frankfurt/Main, Hamburg und Düsseldorf. Der mit einem Knie einen 15-jährigen auf Kopf und Hals niederdrückende Düsseldorfer Polizeibeamte erinnerte dabei an Derek Chauvin, den Mörder von George Floyd. Auch die Stuttgarter Jugendrandale vom 21. Juni 2020 wurde durch wochenlange Polizeischikane und -provokationen ausgelöst. Racial Profiling – also verdachtsunabhängige Kontrollen von Menschen aufgrund ihres nicht-bio-deutsch erscheinenden Äußeren – sind ohnehin an der Tagesordnung.

Von einem „Rassismusproblem“ bei der Polizei in Deutschland zu sprechen ist dabei noch eine Untertreibung – schließlich ist die Polizei eine Institution, die den staatlichen Rassismus exekutiert. Zum Beispiel indem sie Abschiebungen durchsetzt. Deshalb darf die Debatte über rassistische Polizeigewalt nicht als ein Problem vieler Einzelfälle, rassistischer Netzwerke, mangelnder Ausbildung und Sensibilität oder Kontrolle betrachtet werden, sondern als ein strukturelles Problem, welches aus dem Charakter des kapitalistischen Staates und der Funktion von Rassismus in diesem erwächst.

Kapitalismus und Rassismus

Der schwarze US-Bürgerrechtler Malcolm X sagte in den 1960er Jahren:



„Es gibt keinen Kapitalismus ohne Rassismus.“ Damit traf er den Nagel auf den Kopf. Tatsächlich wurden rassistische Theorien mit der Entwicklung des kapitalistischen Weltmarkts entwickelt, um Sklaverei und koloniale Unterwerfung ganzer Völker in Zeiten, in denen sich die Aufklärung durchsetzte, zu rechtfertigen. Auch wenn offen biologischer Rassismus heute in der Regel nur in rechtsextremen Kreisen vertreten wird, die Existenz von Menschenrassen (welche ausgeprägt verschiedene genetische Dispositionen hätten und zu unterschiedlichen körperlichen und geistigen Eigenschaften führen würden) widerlegt ist und deshalb zurecht gefordert wird, dass der Begriff „Rasse“ aus dem Grundgesetz gestrichen werden sollte, besteht struktureller Rassismus weiterhin, hat nur seine Form geändert. Systematische Diskriminierung aufgrund äußerer Merkmale, Nationalität oder Religionszugehörigkeit sind für Betroffene omnipräsent. Menschen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit dürfen nicht wählen, egal wie lange sie schon in Deutschland leben, arbeiten und Steuern zahlen. Sondergesetze für Migrant*innen schränken deren Rechte auf politische Betätigung ein. Erst kürzlich wurden Mitglieder der TKP/ML zu langen Haftstrafen verurteilt, weil die in Deutschland legale Partei in der Türkei Anschläge verübt haben soll – wohl-

gemerkt waren die Verurteilten nicht bei diesen Anschlägen dabei, sondern sollen Geld für die in Deutschland nicht verbotene TKP/ML gesammelt haben. Während hunderte Neonazis problemlos im Untergrund leben, werden Millionen Euro ausgegeben, um einen Schauprozess gegen türkische Kommunist*innen durchzuführen, der nicht nur zum Ausdruck bringt, dass der bürgerliche Staat gegen Links mit härteren Bandagen vorgeht als gegen Rechts, sondern auch eine klar rassistische Note hatte.

Warum kann es keinen Kapitalismus ohne Rassismus geben? Weil zur Aufrechterhaltung des Privateigentums der Kapitalistenklasse und der politischen Machtverhältnisse die Spaltung der Arbeiter*innenklasse eine notwendige Voraussetzung ist. „Teile und Herrsche“ heißt dieses altbekannte Prinzip. Rassismus geht mit rechtem Nationalismus einher, der den Lohnabhängigen und Entrechteten weis machen soll, sie hätten mehr mit den Milliardär*innen ihrer Nation gemein, als mit den Lohnabhängigen und Entrechteten anderer Nationen. Rassismus dient gleichzeitig dazu, Sündenböcke zu schaffen, die von den wahren Verantwortlichen für soziale Missstände ablenken sollen. Daraus ist die Schlussfolgerung zu ziehen, dass es notwendig ist die kapitalistischen Verhältnisse zu überwinden,

um Rassismus zu eliminieren. Im Sinne davon, dass ein Übel an der Wurzel zu packen ist, muss konsequenter Antirassismus auch Antikapitalismus sein. Das bedeutet natürlich nicht, auf den Kampf gegen Rassismus hier und heute zu verzichten. So sehr die Überwindung des Kapitalismus Voraussetzung für eine Eliminierung von Rassismus in der Gesellschaft ist, so sehr ist der Kampf gegen Rassismus, auch innerhalb der Arbeiter*innenklasse, nicht nur nötig, um Diskriminierung zurückzudrängen, sondern auch um die notwendige Einheit der Lohnabhängigen für den Kampf für eine Veränderung der Gesellschaft herzustellen.

Massenproteste in den USA

Der Mord an George Floyd löste in den USA eine Massenbewegung aus, die in manchen Regionen aufstandähnliche Züge annahm. Niemals zuvor gab es so viele Demonstrationen in so vielen Städten und Ortschaften. Die Bewegung übte so viel Druck aus, dass staatliche Institutionen reagieren mussten. Während in unzähligen Fällen Polizeibeamte für ähnliche Taten nicht einmal angeklagt wurden, wurden die an dem tödlichen Polizeieinsatz beteiligten Cops als Folge der Proteste aus dem Verkehr gezogen und angeklagt. In

Minneapolis wurde sogar die Auflösung der Polizei beschlossen (was sicher nur zur Wiedergründung einer nicht viel besseren Polizei führen wird), in anderen Städten die Budgets für die Polizei gekürzt.

Die Angst vor der Revolte zwang die Herrschenden zu solchen Maßnahmen, während gleichzeitig versucht wurde, die Bewegung entlang der Gewaltfrage in „gute“ und „böse“ Demonstrant*innen zu spalten. Linke sollten dabei eine unzweideutige Haltung einnehmen: Gewalt ging in erster Linie vom kapitalistischen Staat aus. Die Verurteilung von „Plünderungen“ durch prokapitalistische Politiker*innen und Staatsvertreter*innen ist pure Heuchelei. Die nicht-weiße Bevölkerung wird in den USA seit vierhundert Jahren ausgeplündert, wie auch alle Armen und Lohnabhängigen unabhängig von ihrer Hautfarbe. Von einem strategischen Standpunkt muss die Linke zwar diskutieren, welche Aktionsformen erfolgversprechend sind und unorganisierte Krawalle, die sich teilweise gegen lokale Ladenbesitzer*innen richten, gehören sicher nicht dazu.

Aber „riots are the language of the unheard“ („Krawalle sind die Sprache der Ungehörten“) wie es Martin Luther King ausdrückte. Die Gewalt, die sich in den USA von den Protestierenden gegen die Polizei oder staatliche Gebäude richtete, war in erster Linie eine wütende Reaktion auf einen unhaltbaren Zustand – dabei war die Polizeigewalt letztlich nur ein Auslöser, der einen Damm zum Bersten brachte. Die katastrophale soziale Situation für große Teile der Arbeiter*innenklasse hat ebenso zu dem Ausbruch von Wut und Widerstand beigetragen. Aufgabe von Sozialist*inne wäre es, nicht diese spontanen Ausbrüche von Wut und Widerstand zu verurteilen, sondern Angebote zu machen, Wut und Widerstand in organisierte und effektive Formen zu gießen. Eine organisierte Bewegung kann auch verhindern, dass sich reaktionäre Elemente und Provokateure unter die Protestierenden mischen. Bei den „Riots“ scheint vorgekommen zu sein, dass Rechte gezielt Geschäfte von Schwarzen angegriffen haben bzw. diese angeheizt haben, um eine Reaktion des Staates zu provozieren.

Dazu kann die Bildung demokratischer Nachbarschaftskomitees gehören, die ggf. auch den Schutz vor Übergriffen durch die Polizei und rassistischen bzw. faschistischen Ban-

den organisieren können. Eine besondere Verantwortung kommt den Gewerkschaften zu, die wie keine andere Organisation die Möglichkeit hätten, Arbeiter*innen aller Hautfarben in gemeinsame Aktionen zu bringen. Im Kleinen gab es solche Aktionen, wie die Initiative gewerkschaftlich organisierter Busfahrer*innen in Minneapolis, die sich weigerten, Polizist*innen und Gefangene zu transportieren oder die Streiks der International Longshore and Warehouse Union (ILWU) an der Westküste der USA am 19. Juni, dem Emancipation Day, denen tausende von Arbeiter*innen in den Häfen gefolgt sind.

Stellen wir uns vor, die US-Gewerkschaften hätten in den Tagen und Wochen der Massendemonstrationen zu lokalen, regionalen oder gar landesweiten Streiks und Generalstreiks aufgerufen, nicht nur gegen die rassistische Polizeigewalt, sondern auch gegen die Folgen der Wirtschaftskrise, die explosionsartig ansteigende Massenerwerbslosigkeit und das Abladen der Kosten der Wirtschaftskrise auf die Arbeiter*innenklasse – wovon die schwarze Bevölkerung überproportional betroffen ist. Das hätte das Kräfteverhältnis massiv zugunsten der Bewegung verschoben und weitaus mehr Zugeständnisse von Seiten der Regierenden erreichen können.

Klassenpolitik oder Identitätspolitik?

Vor allem aber hätten Streiks eine Einheit von Lohnabhängigen aller Hautfarben herstellen können, die eine notwendige Voraussetzung dafür ist, Rassismus tatsächlich den Boden zu entziehen – indem seine tiefere Ursache, das kapitalistische System, angegriffen und überwunden wird.

Diese Herangehensweise ist unter Linken und in der antirassistischen Bewegung durchaus umstritten. Identitätspolitische Ansätze sehen nicht die Klassengesellschaft als tiefere Ursache rassistischer Diskriminierung und dementsprechend auch nicht die Überwindung derselben als strategisches Ziel im Kampf gegen Rassismus. Sie propagieren in unterschiedlicher Art und Weise zum Beispiel individuelle Bewusstseinsbildung oder eine stärkere Vertretung nicht-weißer Menschen in den gesellschaftlichen Institutionen und in der Wirtschaft. In den USA versuchen Teile der Bewegung, die mit der

Demokratischen Partei verbunden sind, nun, diese in eine Kampagne für die Wahl von Joe Biden zum US-Präsidenten und Kamala Harris, die indisch-jamaikanische Wurzeln hat, zur Vizepräsidentin zu kanalisieren.

Doch die Erfahrung mit der Präsidentschaft Barack Obamas und den vielen von der Demokratischen Partei geführten Bundesstaaten und Kommunen zeigt, dass diese hinsichtlich rassistischer Diskriminierung, Polizeigewalt und der sozialen Situation der US-Arbeiter*innenklasse keinen bedeutenden Unterschied macht. Dringend nötig ist die Bildung einer dritten Partei, die nicht von den Banken und Konzernen kontrolliert wird, sondern die Interessen der Lohnabhängigen und sozial Benachteiligten in den USA vertritt. Bernie Sanders hat eine große Chance verpasst, als er die massenhafte Unterstützung für seine Kandidatur nicht zur Gründung einer solchen Arbeiter*innenpartei genutzt hat, sondern nun als loyaler Unterstützer von Joe Biden auftritt.

Es ist großartig, dass so viele von Rassismus Betroffene deutlich gemacht haben: genug ist genug! Auch bei den Demonstrationen in Deutschland haben sich so viele People of Colour beteiligt wie nie zuvor. Sie müssen den Platz in antirassistischen Bewegungen und Zusammenhängen bekommen, der ihnen zusteht. Jedoch beantwortet das nicht die Frage, mit welchem politischen Programm und welcher Strategie Rassismus erfolgreich bekämpft werden kann. Schwarze und migrantische Lohnabhängige sind doppelt unterdrückt – rassistisch und als Lohnabhängige. Ihre berechtigten Forderungen gegen Diskriminierung sollten verbunden werden mit Forderungen gegen die sozialen Probleme wie zu hohe Mieten, prekäre Arbeitsverhältnisse, Jobverluste etc.

Schwarze und migrantische Arbeiter*innen haben mehr gemeinsam mit ihren weißen Kolleg*innen, als mit schwarzen oder migrant*ischen Kapitalisten. Hoffnung darauf, dass sich der strukturelle Rassismus auf anderem Weg eliminieren lässt, als durch eine Überwindung des Kapitalismus und den gemeinsamen Kampf aller Teile der Arbeiter*innenklasse werden sich als trügerisch erweisen. Fred Hampton, ein Aktivist der Black Panther Party drückte diese Herangehensweise so aus: „Wir müssen der Tatsache ins Auge schauen, dass manche Menschen sagen, Feuer



sei am besten mit Feuer zu bekämpfen, aber wir sagen, dass Feuer am besten mit Wasser zu löschen ist. Wir sagen, dass man Rassismus nicht mit Rassismus bekämpft. Wir bekämpfen Rassismus mit Solidarität. Wir bekämpfen den unterdrückerischen Kapitalismus nicht mit schwarzem Kapitalismus. Wir bekämpfen den Kapitalismus mit Sozialismus.“

Linke und die Polizei

Genauso wenig, wie man den Rassismus ohne eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft überwinden können, ist es vorstellbar, dass die Polizei im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft aufgelöst werden kann. Diese Forderung wird zur Zeit von einigen Kräften auf der Linken erhoben, drückt aber mehr den Wunsch nach einer anderen, freien und nichtkapitalistischen Gesellschaft aus, als dass es realistisch erscheint für sie in der gegenwärtigen Situation breitere Teile der Bevölkerung zu mobilisieren. Sehr viel sinnvoller ist es, konkrete Forderungen aufzustellen, die darauf abzielen, den repressiven

Staatsapparat abzubauen und öffentliche Gelder in Sozialleistungen, Jugendförderung, Gesundheitswesen etc. umzuleiten. Die Forderung „Defund the Police“ hat in den USA breite Unterstützung gewonnen und zielt genau in diese Richtung.

Ebenso ist es notwendig und sinnvoll, das Verbot bestimmter Polizeipraktiken zu fordern, wie racial profiling oder bestimmte Fixierungspraktiken, wie auch die Entlassung rassistischer Polizeibeamter, die Auflösung von Sondereinsatzkommandos und eine Entmilitarisierung der Polizei.

Die Polizei im kapitalistischen Staat kann niemals „unsere“ Polizei werden, aber wenn wir eine Kontrolle von Polizei und Justiz durch demokratisch gewählte Ausschüsse von Arbeiter*innen und Vertreter*innen der betroffenen Bevölkerungsgruppen fordern, können wir deutlich machen, dass der heutigen Polizei kein Vertrauen entgegengebracht werden kann.

Entscheidend ist vor allem aber, dass sich Linke und antirassistische Bewegung nicht auf Staat und Polizei verlassen, wenn es darum geht, Rassismus und rechten Nationalismus zu bekämp-

fen, sondern selbständige Strukturen bilden und eine unabhängige Politik formulieren.

Darum muss auch in der LINKEN gekämpft werden. Es ist unerträglich, dass der LINKE-Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch nach der Jugenddrandale von Stuttgart im Juni 2020 die Jugendlichen beschimpfte und die Polizei verteidigte. Aufgabe von Linken ist es, nach Ursachen und Erklärungen solcher Ereignisse zu suchen und denjenigen Gehör zu verschaffen, die in dieser Gesellschaft nicht gehört werden.

Die Politik der Regierungskoalitionen mit SPD und Grünen, die nicht nur Dietmar Bartsch, sondern große Teile der LINKE-Führung vertreten, steht übrigens auch im Widerspruch zu konsequentem Antirassismus und einer vom kapitalistischen Staat unabhängigen Politik: Abschiebungen unter rot-rot-grünen Landesregierungen sind das Gegenteil von Antirassismus.

KOMMUNAL ANTI-KAPITALISTISCH

Antikapitalistische Ideen sind was für die „große Politik“, für bundesweite Demos und Kampagnen. Vor Ort, auf der kommunalen Ebene, müssen auch Sozialist*innen kleinteilig arbeiten, sich pragmatisch um „die Bürger*innen“ kümmern. Klassenkampf geht da nicht so richtig. Das meinen gar nicht wenige Linke. Doch auch auf kommunaler Ebene brauchen Linke eine systemkritische Haltung, eine klare Abgrenzung von den bürgerlichen Parteien, müssen die Klassenlinien aufzeigen. Sonst enden sie als rot lackierte Gartenzwerge des lokalen Establishments.

von Claus Ludwig



*Claus Ludwig ist Mitglied im Sprecher*innenrat der AKL NRW und im Bundesvorstand der Sozialistischen Alternative (SAV). Er ist Redakteur der Monatszeitschrift sozialismus.info.*

Bei den Kommunalwahlen am 13. September 2020 kandidierte Claus für die LINKE als Direktkandidat im Kölner Wahlkreis 37 im Stadtteil Kalk, einer Hochburg der LINKEN.

Von 2004 bis 2014 war er Rat der Stadt Köln, zunächst für das linke Wahlbündnis Gemeinsam gegen Sozialraub, dann für die LINKE.

Man hat so viele Gemeinsamkeiten vor Ort. Dass die Kommune unterfinanziert ist, sagen auch die Sachpolitiker*innen von SPD und CDU in Rat und Ausschüssen. Man würde ja so gerne anders, wenn man könnte ... Zusammen plagen sich die Kommunalpolitiker*innen damit herum, dass sie als Freizeitabgeordnete mit Aufwandsentschädigung – ein großzügiges Taschengeld für träge Hinterbänkler*innen, aber zu wenig, um die eigene Lohnarbeit zu verkürzen und effektiv Politik machen zu können – einer mächtigen Verwaltung und städtischen Betrieben gegenüber stehen, die teils wie mittelgroße Konzerne agieren.

Das schweißt zusammen. Man nennt sich im Rat „Kolleginnen und Kollegen“ und arbeitet für die Bürger*innen, ideologisch unterschiedlich, aber im guten Willen vereint.

Das reden sich viele LINKE ein. Aber so funktionieren die Städte nicht. Das lokale Establishment macht knallharte Klassenpolitik. Dafür gibt es viele technisch und neutral klingende Begriffe. Einer davon ist „Stadtentwicklung“. Stillstand ist schlecht, haben wir gelernt. Entwicklung klingt nach Fortschritt. „Stadtentwicklung“ im Kapitalismus bedeutet allerdings, möglichst viele Aspekte städtischen Lebens profitabel zu verwerten. Meistens stellt sich die herrschende Klasse dabei nicht allzu phantasievoll an, die „Entwicklung“ läuft darauf hinaus, die Stadt weiter zu betonieren, mit Gebäuden, die den Lohnabhängigen wenig nutzen oder mit Straßen.

Früher wurde die Stadt per Ausweisung von Industrieflächen entwickelt, aber das bringt heute nicht genug ein. Also werden überbelegte Wohnungen gebaut. Büros, „Techniker-Höfe“ oder „kulturelle“ Gebäude dienen dem Standortwettbewerb, um Tourist*innen anzulocken und für akademisch gebildete Arbeitskräfte samt Familien attraktiv zu sein.

Die Stadt ist aus Sicht der Kapitalist*innen dazu da, den vorhandenen Grund und Boden gewinnbringend einzusetzen. Die Aufgabe der „Bürger*innen“ ist es, den Laden per Arbeit am Laufen zu halten und als „Kund*innen“, um möglichst viel Geld für das bloße Existieren zu bezahlen.

Die bürgerlichen Parteien tragen diese Logik mit. Sie setzen nicht jede denkbare Schweinerei um. Macht ja auch die CDU-geführte Bundesregierung nicht. Sie achten auf Stimmungen, sie bedienen nicht immer jeden einzelnen dreisten Kapitalisten. Manchmal schon, aber das nennt man dann Korruption.

Der Klassenkampf findet in der Kommune statt, nicht nur in den großen Betrieben, die mit Kommunalpolitik oft wenig Berührungspunkte haben. Der Kampf geht darum, ob die Stadt weiter den Kapitalinteressen unterworfen wird oder ob es den lohnabhängigen Bewohner*innen gelingt, dagegen zu halten.

In den Stadträten sitzen keine „Kolleginnen und Kollegen“, da sitzt der Klassenfeind. Als Ratsmitglied habe ich auf die Anrede „Ungeliebte Klassenfeindinnen und -feinde“ allerdings verzichtet. Ich ging davon aus, dass



das von weiten Teilen der Arbeiter*innenklasse noch nicht verstanden würde. Aber „Kolleg*innen“ haben ich die Politiker*innen von SPD, Grünen, CDU und FDP nie genannt. Kommunale LINKE wären gut beraten, wenn sie immer die einfache Wahrheit beachten: Die Klassenspaltung verläuft durch die Kommune, nichts ist neutral, sachlich, pragmatisch. Wir müssen diesen Kampf annehmen und führen.

„Nein“ ist ein guter Anfang

Als Mitglied in Rat oder Kreistag ist es nicht einfach, die umfangreichen Verwaltungsvorlagen zu verstehen. Liest man alles, was einem präsentiert wird, und will dies auch noch verstehen, hat man keine Zeit mehr, eigene Akzente zu setzen und Schwerpunkte zu bearbeiten. Liest man es nicht, könnten einem wichtige Sachen entgehen.

Beide Sorten linker Kommunalos, die ganz Fleißigen und die mit Mut zur Lücke, neigen dazu, in den meisten Fällen den gelesenen und nicht gelesenen, verstandenen und nicht verstandenen Verwaltungsvorlagen zuzustimmen, wohl in der Annahme, die Verwaltung müsse funktionieren, das könne nicht alles falsch sein.

Ist es auch nicht. Viele Vorlagen sind zumindest harmlos. Aber dieses

Herangehen ist nicht hilfreich. In vielen Vorlagen steckt die Logik der kapitalistischen Zurichtung der Stadt. Für den Anfang wäre es eine gute Taktik, erst einmal das „Nein“, die antagonistische Haltung zum lokalen Establishment und seiner Verwaltungsspitze, als Ausgangsposition zu nehmen, allein schon, um einen Druck zu erzeugen, dass die Verwaltung ihre Vorlagen erklären muss.

Nicht die LINKE ist in der Beweispflicht, dass was Übles in den Vorlagen drin steckt, wir sollten den Spieß umdrehen und klar machen, dass die bürgerlichen Parteien und (Ober-)Bürgermeister*innen und Verwaltungsspitze in der Pflicht sind zu beweisen, warum diese oder jeden Vorlage nötig ist. Wenn Linke an Erfahrung gewinnen und die Vorlagen besser beurteilen können, werden sie harmlose Anträge besser von denjenigen unterscheiden können, in denen politische Ausrichtung drin steckt.

Haltlinien und Haushalt

Die „roten Haltlinien“ sind auch kommunal eine tricky Angelegenheit. Niemals werde man einem Haushalt zustimmen, in dem Privatisierung, Personalabbau und Sozialkürzungen enthalten seien, sagen viele Linke. Und

meinen damit aktuelle, zusätzliche Privatisierungen und Kürzungen.

Doch in vielen städtischen Haushalten sind die vergangenen Kürzungsrunden festgeschrieben, von vor zwanzig, zehn, fünf oder zwei Jahren. Im Kölner Haushalt sind jährlich Gelder enthalten für den wahnwitzigen Bau der Nord-Süd-Stadtbahn (2004 begonnen, wegen des Unfalls am Waidmarkt immer noch nicht fertig), für die überbeuerte Miete der durch Korruption zustande gekommenen Messehallen Nord. Die Ausgliederung der Städtischen Kliniken ist indirekt Teil des Haushaltes, ebenso wie die Nicht-Erhöhung der Gewerbesteuer seit vielen Jahren.

Bürgerliche Politiker*innen wollen nicht in jedem Jahr neue Kürzungen oder Privatisierungen. Aber wenn Linke einem solchen Haushalt zustimmen, der die Entwicklungen der letzten Jahre zementiert und vielleicht sogar ein, zwei soziale Verbesserungen enthält, dann lassen sie sich auf die Logik ein, mit der die Bürgerlichen die Stadt verwalten. Und sie werden dafür den Preis bezahlen, weil sie, falls sich Unmut entwickelt, mit drin hängen, Teil des städtischen Establishments sind, für Dinge verantwortlich gemacht werden, die sich nicht einmal selbst verbockt haben.

Eine Zustimmung zu einem Haushalt sollte es nur geben, wenn die Richtung

geändert würde. Wenn eine Stadt ein öffentliches Wohnungsbauprogramm mit vielen Tausend Wohnungen mit Garantiemieten auflagen und keine Grundstücke an Private veräußern würde; wenn diese Stadt die Sanktionen gegen ALG2-Empfänger*innen einfrieren und den Nulltarif im ÖPNV einführen würde, wenn diese Stadt die Gewerbesteuer erhöhen, die Kliniken rekommunalisieren und – je nach Größe – Hunderte bis Tausender neuer qualifizierter Jobs im öffentlichen Dienst schaffen würde (andere Beispiele ähnlichen Kalibers sind willkommen), dann könnte eine LINKE dem Haushalt zustimmen und so großzügig sein, nicht alle Sünden der vergangenen zwanzig Jahre aufzurechnen.

Ich sage bewusst „könnte“, denn die Einzelheiten wären zu prüfen. Der Konjunktiv ist ohnehin wichtig, denn es ist für die nächste Phase ausgeschlossen, dass SPD oder Grüne bereit wären, einen solchen Haushalt vorzulegen. Das machen sie weder in Berlin noch in Bremen, wo unsere Partei unglücklicherweise eine Regierung mit ihnen bildet. Das werden sie auch nicht in NRW, dafür sind sie zu eng mit den lokalen Eliten verquickt. Es müsste einen enormen Druck von Bewegungen geben, damit sich was bewegt. Ein solcher Druck würde die Sozialdemokratie wohl eher komplett zersprengen als sie im Inneren zu verändern.

Soziale Stadt?

Oftmals fordern Kreisverbände der LINKEN eine „soziale Stadt“ oder „solidarische Stadt“. Im derzeit laufenden Kommunalwahlkampf fordert die LINKE.Köln „gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Veedeln“ und zeigt als Lösungsweg auf, die Bildung in benachteiligten Stadtteilen zu verbessern und die Investitionen dort zu erhöhen und weniger auf Prestigeprojekte in der Innenstadt zu setzen.

Bildung und Investitionen sind nicht falsch, aber werden keineswegs zu gleichwertigen Lebensverhältnissen führen. Das Auseinanderdriften der Stadtteile ist unvermeidlich, solange Einkommensunterschiede und Polarisierung bundesweit zunehmen. Lokal wird dies durch die „Stadtentwicklung“ verstärkt, durch die Vertreibung mit hohen Mieten und Luxussanierung eskaliert.

„Sozialismus in einem Land“ hat sich als Illusion erwiesen, „Sozialismus

in einer Stadt“ wird niemand ernsthaft vorschlagen. Solange dieses System existiert, gibt es keine „Solidarische Stadt“. Ganz positiv gedacht könnten wir diese Formulierungen als Übergangsforderung interpretieren, welche eine allgemein verständliche, von vielen gewünschte Zielvorstellung mit den bestehenden Verhältnisse kontrastiert und zur Erkenntnis führt, dass der Kapitalismus abgeschafft werden muss, um diesen Zustand zu erreichen. Doch gemeint ist diese Forderung wohl anders. „Soziale Stadt“ bedeutet meistens die Wiederherstellung vor-neoliberaler Sozialstaatlichkeit, um „Chancengleichheit“ zu stärken und das Auseinanderdriften abzubremesen.

Antikapitalist*innen sollten gegen Formulierungen wie diese argumentieren und – wenn sie nicht zu verhindern sind – es mal mit der positiven Interpretation als Übergangsforderung versuchen.

Sozialistische Strategie

Warum Kommunalpolitik, wenn man die Stadt nicht ohne umfassenden system change verändern kann? Sollten wir dies nicht lieber den reformistischen Pragmatiker*innen überlassen und uns selber vor der Gartenverzweigung retten?

Die Kommune ist ein notwendiger Bezugsrahmen für LINKE, um sich zu verankern. Kommunalpolitik ist nicht nur, nicht in erster Linie, das, was in Räten, Ausschüssen, Kreistagen und Bezirksvertretungen stattfindet. Linke Kommunalpolitik muss in den Stadtteilen stattfinden, muss daraus bestehen, die Ansätze für Widerstand und Selbstorganisation aufzuspüren, zu ermutigen, weiter zu entwickeln.

Antikapitalist*innen sollten nicht davon ausgehen, was gerade im Stadtrat diskutiert wird, sondern was die Menschen vor Ort bewegt und sich die Frage stellen, wie man das aufgreifen und politisieren kann. Dabei geht es nicht darum, die Arbeit von außerparlamentarischen Initiativen zu verabsolutieren und diese der Arbeit in den politischen Gremien gegenüber zu stellen. Es ist ja gerade das Potenzial der LINKEN, Dinge auf die offizielle politische Ebene zu bringen. Oft verpuffen Initiativen, die zwar im Stadtteil aktiv sind, aber es nicht schaffen, auf die politische Ebene oder die Ebene medialer Erkennbarkeit vorzudringen.

Ausgangspunkt sollte für uns die Bewegung sein. Antikapitalist*innen sollten sich nicht als ferne Beauftragte derselben im Rat wahr nehmen, sondern selber aktiv an ihr teilnehmen, sie mit Fakten und Argumenten von der politischen Ebene beliefern, helfen, sie zu entwickeln. Aber am Ende ist es die Kombination von Basisbewegung und Druck auf politischer Ebene, z.B. die Angst der Bürgerlichen, Wähler*innen an die linke Konkurrenz zu verlieren, der zu Ergebnissen führt.

Widerstand und Opposition sind in der jetzigen Phase die häufigsten Mittel der Wahl. Aber die LINKE will nicht immer Opposition sein, wir wollen Städte regieren, nicht als Juniorpartner der Hartz-4-Parteien, sondern als Regierung mit einer eigenen Mehrheit. Das mag noch fern liegen, muss aber der Anspruch sein. Auch eine sozialistische Mehrheit im Düsseldorfer, Dortmunder oder Kölner Rat könnte den Kapitalismus nicht abschaffen, aber Maßnahmen anstoßen, die zu grundlegenden Verbesserungen führen und gleichzeitig die links regierte Kommune zu einem Stachel im System machen würden. Einige Maßnahmen sind aus der Opposition nicht machbar. Mieter*innenbewegungen befinden sich in einem permanenten Abwehrkampf gegen Verschlechterungen. Das notwendige große Wohnungsbauprogramm für den Bau Tausender Wohnungen jährlich mit unbefristet günstigen Mieten könnte nur durch eine sozialistische Mehrheit auf Ratsebene – natürlich begleitet von einer massiven Mieter*innenbewegung – durchgesetzt werden.

Die AKL sollte gegen die Illusionen „neutraler“ und „pragmatischer“ Kommunalpolitik in der LINKEN kämpfen, aber nicht, um die Kommunalpolitik selbst als unwichtig abzutun, sondern mit der positiven und mutigen Vision, aus Bewegungen und Widerstand heraus neue, sozialistische Mehrheiten zu erkämpfen, um wirkliche Veränderungen auf den Weg zu bringen. Nicht erst, wenn es diese Mehrheiten gibt, aber mit der Perspektive, die Stadt den Händen des lokalen kapitalistischen Establishments zu entreißen und Losung „Die Stadt gehört uns“ real umzusetzen.

Kapitalismus bedeutet Krieg, Umweltzerstörung und Armut



Grundsatztext der AKL, in mittlerweile vierter Auflage.

Eine Analyse der tiefgehenden Krise des Kapitalismus und einer EU, in der statt des Versprechens einer Grenzenlosen Freiheit Faschismus und Nationalismus gedeihen. Als Alternative wird eine sozialistische Gesellschaft, aber auch der Weg dahin dargestellt: Eine LINKE, die in außerparlamentarischen Bewegungen zu Hause ist und in Stadtteilen und Betrieben verankert.

42 Seiten
Erhältlich über:
info@antikapitalistische-linke.de

Für eine kämpferische Kommunalpolitik – eine andere Kommune ist möglich



Sammelband zur Debatte um eine linke Kommunalpolitik auf dem Bielefelder LINKE-Parteitag im Juli 2015.

Wie kann auf kommunaler Ebene Widerstand gegen Sparpolitik organisiert werden, wie kommt man gegen sogenannte Sachzwänge an? Wie können Kommunen finanziell bessergestellt werden?

Außerdem dokumentiert: Eine Rede von Claus Ludwig auf dem Bielefelder LINKE-Bundesparteitag zur Kommunalpolitik.

26 Seiten
Erhältlich über:
info@antikapitalistische-linke.de

Nach Goldschätzen graben, Regenwürmer finden – Die Linke und das Regieren



Sollen sozialistische Parteien Koalitionen mit Sozialdemokraten und Grünen eingehen? Und wenn ja, unter welchen Bedingungen? Oder sollen Regierungsämter nur übernommen werden, wenn sie zum Sturz des kapitalistischen Systems eingesetzt werden können? Oder auch gar nicht?

Mit Beiträgen von Özlem Demirel, Sylvia Gabelmann, Thies Gleiss, Inge Höger, Ekkehard Lieberam, Lucy Redler, Bernd Riexinger, Sahra Wagenknecht und Janine Wissler. Erschienen im PapyRossa Verlag.

ISBN 978-3-89438-623-8
256 Seiten, 14,90 Euro

KONTAKT ZUR AKL:

Website:
www.antikapitalistische-linke.de

E-Mail:
info@antikapitalistische-linke.de

Für die AKL Spenden:
DIE LINKE. Parteivorstand
Konto-Nr. 132 257 31
BLZ 100 500 00
Berliner Sparkasse
Kennwort „Antikapitalistische Linke“



Die Antikapitalistische Linke (AKL) ist eine politische Strömung in der Partei Die Linke. Sie besteht aus bewegungsorientierten Mitgliedern der Partei DIE LINKE, aber auch aus Parteilosen. Sie sieht sich als Brückenglied zwischen der Partei DIE LINKE und den außerparlamentarischen Bewegungen. Die AKL setzt sich für die weitere Stärkung des antikapitalistischen Profils der Partei DIE LINKE ein.